Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 245 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Dienstag, 18. Oktober 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Der Verfassungsstreit in Leipzig

Nach zweitägiger Unterbrechung wurde am Montag vor dem Staatsgerichtshof das Verfassungsstreitverfahren Preußen — Reich fortgesetzt. Gleich nach Verhandlungsbeginn erhielt

Ministerialdirektor Dr. Brecht für Preußen

das Wort zu seinem Schlußbericht. Er führte u. a. aus: Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich in dem einen Satze zusammenfassen, daß Artikel 48 Absatz 1 (Pflichtverletzung Preußens) nicht anwendbar war, daß dagegen Absatz 2 (Störung der öffentlichen Ordnung) anwendbar war, aber nicht so, wie er angewandt worden ist.

Der Schwerpunkt unseres Kampfes richtet sich gegen die Anwendung des Absatzes 1. Sieben Vorwürfe hat die Reichsregierung gegen Preußen erhoben. In allen Fällen stellen sich die Tatsachen anders dar, als sie die Reichsregierung angenommen hat. Daher scheiden sämtliche sieben Vorwürfe aus. Absatz 1 war also nicht anwendbar. Absatz 2 konnte angewendet werden, denn lokal und temporär war an einigen Orten die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört. Aber Absatz 2 konnte nicht so angewendet werden, wie es geschehen ist. Zweck dürfte nur die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit sein.

Legale Kräfte sollen gegen illegale geschützt, nicht umgekehrt legale Kräfte illegalen geopfert werden, um sie zu beruhigen. Daß dieser unzulässige Zweck entscheidend bestimmend war, hat die Vorgeschichte schlagend ergeben. Außerdem dürfen nur die zur Wiederherstellung notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Diese Grenzen galten auch für den Kommissar. Die Ueberschreitung dieser Grenzen hat der Herr Reichskanzler in seinem Brief an den Landtagspräsidenten ausdrücklich in Anspruch genommen.

Außerdem hat auch Absatz 2 absolute Grenzen der zulässigen Mittel. Danach sind stets unzulässig die rechtliche Amtsenthebung von Ministern, die rechtliche Zurdispositionstellung von Beamten, Eingriffe in den Reichsrat usw.

Der Hauptvorwurf des Reichskanzlers ist das angeblich einseitige Verhalten der preußischen Regierung gegen die NSDAP. Während der Episode der Einigung von Papen-Hitler, vom 1. Juni bis 13. August, hat die Reichsregierung von scharfen polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln gegen Ausschreitungen der NSDAP. absehen wollen. Nachher hat sie diesen Standpunkt verlassen müssen. Es bleibt nach unserer Ansicht nichts anderes übrig, als die Verordnung vom 20. Juli aufzuheben, wenn nötig, eine andere an die Stelle zu setzen, z. B. einen Reichskommissar für Polizei für Norddeutschland, oder äußerstenfalls eine vorübergehende Uebertragung der vollziehenden Gewalt zu bestimmtem verfassungsmäßigem Zweck. Die Aufhebung hat keineswegs chaotische Folgen. Für die Vergangenheit bleibt fast alles gültig. Nichtig sind in der Vergangenheit nur die rechtliche Absetzung der Minister und Beamten, das Auftreten für Preußen im Reichsrat, das praktisch allerdings belanglos ist wegen der Vertagung des Reichsrats, und die endgültigen Neuernennungen durch das Staatsministerium.

Die Ehre Preußens muß von dem unerträglichen Vorwurf der Pflichtverletzung gegen das Reich befreit werden. Es war die deutsche Mission Preußens, das Reich zu gründen und zur Klammer von Ost nach West zu werden. Der Prozeß muß das Gute haben, daß er neuen Auftrieb zur Reichsreform gibt. Nach Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli würde sich eine freiwillige Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler bezw. mit dem Reichskommissar in dem erstrebten Sinne sehr leicht ergeben. An der Personenfrage würde diese Zusammenarbeit auf preußischer Seite nicht scheitern.

Dr. Brecht schloß mit folgenden Worten:

Lassen Sie uns das Vergangene schnell vergessen und mit vereinten Kräften an dieser großen Aufgabe arbeiten. Sie darf für niemanden eine Parteifrage sein. Möchte unser verehrter Reichspräsident, der als junger Leutnant 1866 noch den Waffenkrieg zwischen deutschen Ländern mitgekämpft hat, als Krönung seines Lebenswerkes noch die Lösung der deutschen Frage erleben. Möge er als gemeinsames Staatsoberhaupt für das Reich und Preußen seine große Lebensaufgabe beenden.

Für das Reich erklärt Ministerialdirektor Dr. Gottheiner

u. a.: Die Reichsregierung nimmt für sich und für den Herrn Reichspräsidenten in uneingeschränktem Maße in Anspruch, daß sie sich bei den Maßnahmen vom 20. 7. von dem Willen habe leiten lassen, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden, und zwar im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen und mit verfassungsmäßigen Mitteln.

Eine Auffassung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Motive unterstellt, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Reichskanzler und Reichsregierung haben diejenigen Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtbewußten Ermessen geboten waren, um gesicherte Zustände in Preußen und Deutschland zu gewährleisten. Wie stand es am 20. Juli 1932? Eine überaus gespannte allgemeine Lage, blutige Zusammenstöße zwischen stark organisierten Parteien, täglich neue Todesopfer. Allein in Altona am 17. Juli 16 Tote. Bei diesen Zuständen immer wieder die lebhaftesten Versuche von sozialdemokratischer Seite, auch von Seiten der Freien Gewerkschaften mit den Kommunisten eine Einheitsfront nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die Reichsregierung zu bilden, also mit einer antinationalen, mit einer staatsfeindlichen Partei sich in Feindschaft gegen die Reichsregierung zu verbinden. Und dazu parteigebundene Stellung der preußischen Minister, die infolge ihrer Abhängigkeit nicht mehr imstande waren, dem Vordringen der staatsfeindlichen Kräfte gegenüber eine objektive Haltung einzunehmen und ihnen entgegenzutreten.

Reichspräsident und Reichsregierung mußten in dieser Lage ohne jedes Zögern die Sicherheit dafür schaffen, daß das Land Preußen seine Pflichten zur Erhaltung und zur Aufrechterhaltung geordneter staatlicher Zustände erfüllte.

Mit Rücksicht auf die immer wiederholten Ausführungen der Gegenseite muß ich erneut betonen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung vom 20. Juli sich zunächst nur gegen den für die allgemeinen Richtlinien der Politik in Preußen maßgebenden preußischen Ministerpräsident und den für die Staatssicherheit im besonderen Maße verantwortlichen preußischen Innenminister gewandt haben. Der zum Reichskommissar für Preußen bestellte Herr Reichskanzler war grundsätzlich bereit, mit den anderen preußischen Staatsministern zusammenzuarbeiten. Das ist ihm von den sechs anderen Herren Ministern unmöglich gemacht worden. Wenn jetzt nachträglich behauptet wird, diese sechs Minister seien zu einer Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar bereit gewesen, dann ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen — ich muß das aussprechen —, daß diese Behauptungen aus prozeßtaktischen Gründen hier aufgestellt wurden. (Unruhe bei der preußischen Vertretung.) Die gesamte Weiterführung der Geschäfte durch die nach der Weigerung der Mitwirkung der sechs Minister gebildete kommissarische Regierung und alle Maßnahmen dieser Regierung nunmehr unter dem Gesichtspunkt von Artikel 48 zu betrachten, ist nach unserer Auffassung nicht zulässig.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, die die Maßnahmen, die sie getroffen hat, als vorläufige anzusehen sind, daß sie sich bei ihrem Vorgehen allerdings sowohl auf Art. 48, Abs. 1, wie auch Abs. 2 stützen kann. Die Reichsregierung ist von der Gerechtigkeit ihrer Sache auch heute in vollem Maße überzeugt.

Ich bitte daher im Namen der Reichsregierung den Staatsgerichtshof, nach Maßgabe der von der Reichsregierung gestellten Anträge diesen Streit zu entscheiden.

Die Sprecher der Fraktionen

Prof. Heller als Vertreter der SPD erklärte: Wir behaupten, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich objektiv nicht rechtfertigen lassen aus dem Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung. Prof. Heller benennt dann den nationalsozialistischen Minister Dr. Frick als Zeugen für die Behauptung von Verhandlungen zwischen von Papen und Hitler. Eine ungeheuerliche Behauptung nennt er die Ansicht der Reichsvertreter, daß allein die Zugehörigkeit der preußischen Minister zur SPD schon eine Pflichtverletzung [illegible] 48, Absatz 1 darstelle. Keinem Sozialist sei bekannt, daß heute eine Einheitsfront mit den Kommunisten in der Presse auch nur gefordert würde oder daß irgendwelche Schritte zu ihrer Bildung eingeleitet seien.

Nach Prof. Heller wies **Prof. Peters** darauf hin, daß als einziger Vorwurf gegen die übrigen sechs Minister, insbesondere die Zentrumsminister, nur noch die Versagung der Mitarbeit übrig geblieben sei. Diese Mitarbeit hätten die Minister aber nicht abgelehnt. Damit entfalle auch jede Grundlage, um gegen die Minister vorzugehen.

Auf eine Bitte **Dr. Brechts** stellte der Vorsitzende fest, daß die Ausdrücke „verfassungswidrige Absichten" und „Anmaßung" nicht von Brecht gebraucht wurden.

Hierauf überreichte **Ministerialdirektor Dr. Badt** verschiedene Unterlagen zum Beweise dafür, daß vor dem 20. Juli Beamte in ganz anderer Weise verabschiedet worden seien, und dafür, daß die „Vorläufigkeit der Maßnahmen", wie sie die Reichsregierung auffasse, eine große Gefahr sei.

Damit war das objektive Verfahren abgeschlossen und die Verhandlung wandte sich den Prozeßverhandlungen zu.

Im Anschluß hieran warf der Vorsitzende die Frage auf, weshalb die Fraktionen die Klagebefugnis gegen das Reich in Anspruch nehmen.

Prof. Heller für die sozialdemokratische Fraktion sagte, daß die Fraktionen sich deshalb als aktivlegitimiert zur Klage gegen das Reich betrachteten, weil sie Bestandteile des Landesparlamentes seien.

Prof. Peters für die Zentrumsfraktion schloß sich diesen Ausführungen an.

Die Vertreter Bayerns und Badens

Der bayerische Vertreter, Staatsrat von Jahn, weist ausführlich den Einwand des Reiches zurück, daß Bayern an dieser Streitsache gar nicht beteiligt sei. Er sagte u. a., da das Reich erklärt habe, sein Vorgehen richte sich nach der Größe eines Landes, und da zunächst gegen das größte Land vorgegangen sei, bestehe für Bayern höchste Gefahr, daß es als zweitgrößtes Land demnächst herankommen werde. (Heiterkeit.)

Der badische Vertreter, Ministerialdirektor Fecht, der sich im wesentlichen den Ausführungen seines Vorredners anschloß, beendet seine Darlegungen wie folgt: Als Beamter, der nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre und in keiner Beziehung zu dieser Partei stehe, halte er es für eine Anstandspflicht, sich vor die badischen Minister zu stellen, die der sozialdemokratischen Partei angehören, und mit denen er 14 Jahre lang zusammengearbeitet habe. Diese Herren hätten sich nie von anderen Rücksichten leiten lassen als von dem Wohle des Landes und des Reiches. Nach wie vor sei die badische Regierung von der Berechtigung ihrer Klage überzeugt.

Hierauf trat die Mittagspause ein

Neuer französischer Botschafter in Berlin?



Der bisherige französische Botschafter in Madrid, Herbette, wird als kommender Botschafter in der Reichshauptstadt genannt

Klärung über die Vier-Mächte-Konferenz erst im November

In Zeitungen wird davon gesprochen, daß die englische Regierung neuerdings in Berlin angefragt habe, ob die Ablehnung Deutschlands, die Vier-Mächte-Konferenz in Genf abzuhalten, das letzte Wort darstellt. Von amtlicher Seite wird dazu erklärt, daß eine erneute Anfrage seit dem deutschen Bescheid in der vergangenen Woche nicht mehr erfolgt ist. Es sind seitdem auch keinerlei Verhandlungen mehr geführt worden. Wenn im Zusammenhang mit derartigen Meldungen in der Presse der Gedanke erwogen wird, daß Macdonald an eine Zusammenkunft zu zweien mit dem Reichskanzler oder dem Reichsaußenminister denkt, so steht man demgegenüber in hiesigen unterrichteten Kreisen auf dem Standpunkt, daß eine derartige Zusammenkunft sehr unwahrscheinlich ist. Nach allem, was man in Berliner politischen Kreisen über den gegenwärtigen Stand der Erörterungen hinsichtlich einer Vier-Mächte-Konferenz beobachten kann, scheint es so, daß eine endgültige Klärung der Frage nicht vor Mitte November zu erwarten ist

Richard Skowronnek gestorben



Richard Skowronnek ist auf Gut Höckenberg, Kreis Regenwalde, Hinterpommern, wo er etwa ein Jahrzehnt wohnt, an einem Herzschlag plötzlich verschieden. Im März ds. Js. hatte er seinen 70. Geburtstag gefeiert

Früher Dramatiker und einer der meistgespielten Autoren hatte er sich im Kriege mit dem Zyklus, den der Roman „Sturmzeichen" eröffnet, ganz der Erzählung zugewandt. Zuletzt waren die Beziehungen von Stadt und Land im deutschen Norden der Nachkriegszeit das Thema, das er mit seiner nieversagenden Gestaltungskraft behandelte. In Schuyken (Ostpreußen) war Richard Skowronnek als Sohn eines Försters geboren. In jungen Jahren war er in Frankfurt (Main) und Berlin Journalist. Mit diesen Städten war er bis zuletzt als Mensch und Autor eng verbunden.

Elf Jahre Oberschlesienteilung



Am elften Jahrestage der Teilung Oberschlesiens hielten die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier ihre Reichstagung in Beuthen ab, von der unser Bild berichtet: Studentenabordnungen aus dem ganzen Reich defilieren an dem Ehrenmal für die bei den Befreiungskämpfen Gefallenen in Beuthen

Die Reichstagswahlbewegung

Aus der Wirtschaftspartei in Westfalen-Süd

In einer Wahlkreiskonferenz für Westfalen-Süd der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) gab Wahlkreisvorsitzender **Hourtz**-Bochum in kurzen Umrissen ein Bild der politischen Lage. Geschäftsführer **Schultheis**-Bochum berichtete über die Berliner außerordentliche Parteibesprechung, in der beschlossen wurde, den Wahlkampf allein und mit dem alten Namen zu bestreiten. Die Delegierten erklärten sich grundsätzlich mit der Politik der augenblicklichen Reichsregierung einverstanden und faßten eine dementsprechende Entschließung. Bei der Kandidatenaufstellung einigte man sich folgendermaßen: 1. Bäckermeister Carl Hourtz-Bochum, 2. frei für einen Dortmunder noch zu bestimmenden Herren, 3. Kaufmann Otto Steffen-Witten-Annen, 4. Frau Anna Stumpf-Hagen.

Prälat Kaas über die Regierung von Papen

Der Führer der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, trat in Münster den Gerüchten über Unstimmigkeiten innerhalb der Zentrumspartei entgegen und erklärte, die Einigkeit der Partei sei die Frucht grundsätzlicher gleichgerichteter Gesinnung, nicht das Zwangsprodukt uniformierenden Drills. Prälat Kaas betonte, das Zentrum habe die Fehlerquellen des Parteiwesens und gewisse Entartungserscheinungen des Parlamentarismus nie verkannt; aber es sei ihm nie eingefallen, die unentbehrliche Funktion der Gesinnungsparteien für ein normales politisches Leben zu verkennen. Wo der Grundgedanke der politischen Bewegung aus dem Volke heraus verneint werde, wo der freie Meinungs- und Kräfteaustausch unter das normale Maß herabsinke, sei Stagnation und Rückschritt unvermeidlich.

Von diesem Standpunkt aus kritisierte Prälat Kaas im einzelnen die Haltung der Reichsregierung. Nur ein arbeitsunfähiger Reichstag schaffe die staatsrechtliche Keimbasis für ein diktatorisches Notrecht und für gewisse Verfassungsexperimente — andere sagten und vielleicht mit mehr Recht: Verfassungsbrüche, für die die Entwürfe anscheinend schon in den Schubladen lägen. Das Zentrum habe sich nie geweigert, den Staatsnotwendigkeiten Rechnung zu tragen, und seine Vertreter hätten dem Reichskanzler in den vergangenen Monaten ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß sie ihn in seinen Bemühungen, mit den Nationalsozialisten zu einer Verständigung zu kommen, in keiner Weise stören würden. Seit wann aber seien solche Verhandlungen, wenn der Reichskanzler sie führe, „Wege zur nationalen Konzentration", und wenn andere sie führten, deren Sachlichkeit nicht minder zweifelhaft sei, wie die seine, „politische Kulissenspiele?"

In den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten habe das Zentrum zu verhindern versucht, daß es im Reichstag von vornherein zu einer Aufhebung der Notverordnungen kommen sollte. Desgleichen hätte es durch diese Verhandlungen auch die Abstimmung über ein Mißtrauensvotum zunächst einmal hinauszuschieben versucht. Eine offene sachlich und psychologisch richtig angesetzte Auseinandersetzung mit dem Reichstag hätte die rein negativen und destruktiven Kräfte des Parlaments entlarvt und isoliert, hätte die ehrlich positiv gerichteten, wenn auch in der Einzelkritik unbequemen Aufbaukräfte geweckt und gesammelt, hätte die formale Abstimmungsniederlage in einen sachlichen Sieg wandeln können, wenn auch nicht für dieses Kabinett, so wie es war, so doch für eine andere, über die Mängel, Lücken und Schwächen des jetzigen Papenkabinetts hinausgewachsene Regierung, die nach Auffassung des Zentrums hierdurch an innerer Volksverbundenheit gewonnen hätte, ohne an Führerautorität und Führerwillen etwas preiszugeben. Das Zentrum kämpfe nicht für Personen oder gegen Personen um ihrer selbst willen. Es bejahe den richtig verstandenen autoritären Staat, wende sich aber gegen den Mißbrauch, der mit diesem Wort als Deckadresse für Reaktion und Volksstaatsvereinigung getrieben werde. Deutschland werde ein Staat demokratischer Grundhaltung sein, oder es werde nichts sein. Der Konflikt mit dem Parlament allein genüge für einen Regierungschef nicht, um ein Bismarck zu werden.

Prälat Kaas kritisierte ausführlich die außenpolitische Taktik der Reichsregierung, der er vorwarf, wesentliche Ziele deutschen Rechts und internationaler Gerechtigkeit mit agitatorischen Rücksichten zu verkoppeln. Das sogenannte Vertrauensabkommen von Lausanne sei das Gegenteil eines Erfolges. Es sei ein Zwangsmoratorium [illegible] Sperrfeuer für jede aktive, wenn auch [illegible] deutsche Außenpolitik.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung glaubte Prälat Kaas mit der Zeit des U-Bootkrieges vergleichen zu können, wo man den Glauben der Massen durch gemeldete Scheinerfolge aufrechtzuhalten suchte. Die Enttäuschung sei umso größer und explosiver gewesen. Im letzten Teil seiner Rede entwickelte Prälat Kaas das Programm der Zentrumspartei. Die Regierung müsse der lebende Ausdruck des Volkes sein. Auch das Zentrum sei für eine gründliche Reichsreform, betrachte den Föderalismus aber nicht als Vokabel, sondern als Inhalt. Gerade im Hinblick auf das „Reich der Deutschen" in einem kommenden Europa in Richtung auf Deutschlands europäische Friedens- und mitteleuropäische Führermission sehe das Zentrum in dem föderalistischen Gedanken in richtiger Regierung mit dem alles beherrschenden Imperativ des Reichseinheitsgedankens, magnetische Kraftfelder, die den weiteren innereuropäischen Wachstumsprozeß wesentlich beeinflussen und friedlich lenken können.

Grenzverletzung polnischer Beamten

Ein deutscher Arbeiter angeschossen und nach Polen verschleppt

Zwischen Weißenberg und Montauerweide wurden am Sonntag drei deutsche Arbeiter, die an der unübersichtlichen Weichselgrenze beim Schneiden von Weidenruten die Grenze überschritten hatten, vom polnischen Weichselufer aus durch fünf polnische Grenzbeamte beschossen. Zwei Arbeiter konnten flüchten. Der dritte, Franz Schwielski, wurde angeschossen, von den polnischen Grenzbeamten umzingelt und in einem Boot nach Polen verschleppt.

Eine Montag früh vom Landrat des Kreises Stuhm und der Staatsanwaltschaft an Ort und Stelle vorgenommene Besichtigung ergab, daß die polnischen Grenzbeamten sich des Angeschossenen auf deutschem Boden bemächtigt haben. Der [illegible] hat den polnischen Starosten ersucht, [illegible] Besichtigung des Tatortes einzuladen.

Aus dem Völkerbund

Avenol zum Generalsekretär gewählt

Der Völkerbundsrat hat am Montag in einer geheimen Sitzung den stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes als Nachfolger Sir Eric Drummonds einstimmig gewählt. Die Bestätigung der Wahl wird durch die Völkerbundsversammlung im November erfolgen.

Schlußsitzung der Plenarversammlung

Die Völkerbundsversammlung hielt Montag vormittag ihre Schlußsitzung ab, in der der Bericht über das Budget und die Reform des Völkerbundssekretariats unverändert einstimmig angenommen wurde. Der Vorsitzende der Versammlung (**Politis**-Griechenland, sprach in seiner Schlußrede dem scheidenden Generalsekretär Sir Eric Drummond und den von ihren Posten zurücktretenden Untergeneralsekretären Dufour-Feronce (Deutschland) und Paolucci (Italien) den Dank des Völkerbundes aus. Er ging zum Schluß kurz auf den Konflikt im Fernen Osten die Abrüstungskonferenz ein.

Kindesaussetzung auf dem Wohlfahrtsamt Auf dem Wohlfahrtsamt des Verwaltungsbezirkes Berlin-Mitte in der Blumenstraße 88 kam es zu turbulenten Szenen, die damit endeten, daß mehrere Wohlfahrtsempfänger, die eine Sonderunterstützung verlangten und mit ihrer Forderung abgewiesen wurden, zum Protest sieben Kinder im Wohlfahrtsamt zurückließen.

Innenpolitisches

Die Polizei

Regierungspräsident Elfgen widerlegt Behauptungen über den angeblich militärischen Wert der Polizei

Bei der Einweihung des Sportplatzes des Kölner Polizeisportvereins hielt der Kölner Regierungspräsident eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Bolschewistische, staatsfeindliche Elemente im Lande und neuerdings auch ausländische Stimmen erklärten, unsere Polizei sei zu stark. Sie sei eine militärische Einrichtung, mit Maschinengewehren militärisch ausgerüstet und veranstalte militärische Manöver. Mit diesen absolut unwahren Angaben wolle man den Anschein erwecken, als sei die Polizei in Deutschland wie ein militärisches Heer ausgerüstet und Deutschland ein Friedensstörer, das nicht abrüsten wolle.

Die Regierung Köln habe in den letzten sechs Jahren zwei Alarmübungen veranstaltet, also je eine Uebung in drei Jahren. Diese Alarmübungen wurden in voller Oeffentlichkeit durchgeführt und selbstverständlich ohne Kanonen, ohne Militärbombenflugzeuge und ohne Militärtanks, schon deshalb, weil bei der Polizei solche militärischen Ausrüstungsgegenstände nicht vorhanden seien.

Unter keinen Umständen werde die Polizei sich durch bolschewistische oder ausländische Angriffe in ihrer Schlagfertigkeit und treuer Pflichterfüllung beirren lassen.

Wir werden unter keinen Umständen die Dummheit begehen, betonte der Regierungspräsident zum Schluß, auf die man hier und da im Ausland sehnsüchtig wartet, aus der Polizei eine militärische Einrichtung zu machen. Auf der anderen Seite werden wir aber auch die Dummheit nicht begehen, auf die rein polizeilichen Ausrüstungen zu verzichten, die in schwierigen Zeiten gegenüber einem modernen Verbrechertum erforderlich sind.

Die Klepper-Untersuchung

Abg. Steuer zur Stellungnahme Dr. Kleppers

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Steuer, der als Berichterstatter im Untersuchungsausschuß des Landtages über die Preußenkasse sehr schwere Vorwürfe gegen den Minister Dr. Klepper erhoben hat, beschäftigte sich vor Vertretern der Presse mit den Ausführungen, die Dr. Klepper am vergangenen Samstag Pressevertretern gegenüber dem ganzen Fragenkomplex gemacht hat.

Abg. Steuer erklärte, es sei Dr. Klepper nicht der Vorwurf gemacht worden, daß er sich einen persönlichen Vorteil verschafft habe, sondern die Vorwürfe gingen lediglich darauf hinaus, daß Klepper Gelder der Preußenkasse unzulässigen Zielen zugeführt habe. Sein Verhalten müsse im strafrechtlichen Sinne als Untreue gegen das von ihm geleitete Institut gewertet werden.

„Nicht mit dem Rücken gegen die Technik!"

Eine Kundgebung der deutschen Ingenieure

Der Vorstand des Vereins Deutscher Ingenieure tritt mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit, die in der Wissenschaftlichen Tagung des V. D. I. angenommen wurde. In der Kundgebung heißt es:

„Die deutschen Ingenieure verwerfen jede Gesinnung, ihren eigenen Vorteil gegenüber dem Gesamtwohl voranzustellen. Auch die Technik muß sich in allen ihren Teilen dem Volksganzen verantwortlich fühlen. Nicht Willkür, sondern Rücksicht sei die Stimmung, mit der das Gewissen das wirtschaftliche Handeln des Verstandes begleite. Ohne sittliches Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volksganzen ist das wahre Führertum in Technik und Wirtschaft undenkbar. Das in klarer Begriffsbildung erarbeitete und in unerbittlicher Wirklichkeit erprobte Erkenntnisgut des Ingenieurs, vor allem sein organisches und konstruktives Denken, sollten für die entscheidenden Wirtschaftspläne mehr als bisher genutzt werden. Nicht laut genug aber kann vor den unverantwortlichen Schicksalspropheten gewarnt werden, die das deutsche Volk in eine der Technik feindselige Stimmung hineinreden und dadurch einen unheilvollen Einfluß auf die Seele des deutschen Volkes gewinnen. Mit dem Rücken gegen die Technik ist die Not dieser Zeit nicht zu bezwingen. In der harten Welt der Wirklichkeit vermag nur besonnenes Handeln das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Nur ein starker Lebenswille, der kleinlichen Streit und niedrigen Eigennutz in einem machtvollen, nationalen Gedanken überwindet, wird das deutsche Volk wieder in die Höhe führen."

Milderung von Härten für Kriegsbeschädigte

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Vorstand des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge und eine Abordnung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im „Reichsverband Deutscher Kriegsopfer", die ihm die Wünsche und Sorgen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vortrugen, insbesondere die starken Verschlechterungen darlegten, die durch die letzten Notverordnungen in der Kriegsopferfürsorge eingetreten sind.

Der Reichspräsident brachte seine wärmste Teilnahme für das Los der Kriegsopfer und seinen Willen zum Ausdruck, sobald es die finanzielle Lage des Reiches irgendwie gestattet, allmähliche Beseitigung der Kürzungen eintreten zu lassen.

Der Reichsarbeitsminister konnte alsbaldige Milderung einer Reihe von Härten in Aussicht stellen, die sich bei der Durchführung der letzten Notverordnung gezeigt haben, und mitteilen, daß hierfür ein besonderer Fonds von 5 Millionen Mark bereitgestellt sei, der für die Zeit bis zum Schluß des Etatsjahres bestimmt ist und im Benehmen mit den Vertretungen der Kriegsopfer Verwendung finden soll.

Der verzögerte zweite Felseneck-Prozeß

Die Neuauflage des Felseneck-Prozesses, der den Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nacht vom 18. Januar vor. Jahres behandelt, konnte am ersten Tage nicht einmal begonnen werden. Nachdem der Antrag, den kommunistischen Rechtsanwalt zuzulassen, abgelehnt worden war, hatte die Verteidigung des kommunistischen Angeklagten das Gericht wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Ueber diesen Antrag hat nach der Strafprozeßordnung eine andere Kammer zu beschließen. Dieser Beschluß wird Dienstag vormittag gefaßt werden, sodaß die Weiterberatung auf Dienstag vertagt wurde, ohne daß es auch nur zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gekommen wäre

Ein Toter in Leipzig

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Wahlkundgebung in einer Halle der Technischen Messe in Leipzig, bei der General Litzmann und Dr. Göbbels sprachen, kam es am Sonntagabend in der Kirchstraße zu einer Schießerei. Als ein Zug Nationalsozialisten an dem dort gelegenen Arbeiterheim vorbeikam, sollen, so heißt es in einer Wolffmeldung, aus dem Heim Schüsse gefallen sein. Tatsächlich wurde eine Anzahl Schüsse abgegeben, durch die drei Nationalsozialisten verwundet wurden, davon einer schwer.

Einer der verletzten Nationalsozialisten ist gestorben. Vier Personen sind festgenommen worden.

Wiener Hochschulen wegen Schlägereien geschlossen

An der Universität und an der Technischen Hochschule in Wien kam es zu Schlägereien zwischen nationalsozialistischen Studenten und politischen Gegnern. 23 Personen wurden leicht verletzt. Beide Hochschulen wurden geschlossen.

Bundeskanzler Dollfus über die blutigen Unruhen in Wien am Sonntag

Bundeskanzler Dr. Dollfus sagte zu einem Redakteur des „Morgen" u. a., die Tatsache, daß es [illegible] Sicherheitsbehörden gelungen ist, sofort alle weiteren Ausschreitungen zu verhüten und die Ruhe in der Stadt sicherzustellen, beweise, daß kein Anlaß zur Beunruhigung vorhanden ist; aber er könne Entgleisungen von so folgenschwerer Tragweite künftighin nicht dulden. Die Ruhe und Sicherheit des Staates müsse von allen Zufälligkeiten unabhängig gemacht werden.

Land und Recht für deutsches Volk

Kundgebung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft

Im Rahmen der Deutschen Kolonialtagung 1932 veranstaltete die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin eine eindrucksvolle Volkskundgebung, die unter der Devise stand „Land und Recht für deutsches Volk".

In dem festlich geschmückten Saale hatte die große schwarzweißrote Fahne mit dem alten Reichsadler Aufstellung gefunden, die bis zum Ende des Feldzuges in Südwest auf dem Gouvernement Windhuk geweht hat.

Der ehemalige Gouverneur von Ostafrika, Dr. Schnee, betonte in seiner Eröffnungsansprache, wir seien zurzeit ein Volk minderen Rechts, jedoch nicht gewillt, diesen Zustand zu verewigen. Daher gerade in dieser Zeit der Kampf um die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Wehrfähigkeit. Die gleiche Forderung müsse auch gestellt werden für die Wiedererlangung der deutschen Kolonien. Der Redner wies besonders auf die erfolgreiche deutsche Arbeit in Afrika hin, wobei er unterstrich, daß gerade das Deutsche Reich wie kein anderes Land in der Welt alles getan habe für die Sicherheit und den Frieden, für die Pflege und Förderung der Eingeborenen. Die Forderung auf Rückgabe der Kolonien würde nicht nur erhoben, um den Makel von der deutschen Ehre zu nehmen, sondern aus einer Lebensnotwendigkeit heraus, für die Erweiterung des Lebensraumes für das deutsche Volk, besonders für die deutsche Jugend. Der Kampf um die Wiedergewinnung des deutschen Kolonialbesitzes sei nicht Sache der Parteien und Verbände, sondern des ganzen deutschen Volkes. Es sei ein Kampf zur Sicherung der Zukunft der deutschen Jugend, für Arbeit und Brot für alle.

Im Anschluß daran sprach Ritter von Epp, der besonders hervorhob, daß auf den Kundgebungen anläßlich der Deutschen Kolonialtagung eine Einigung hervorgetreten sei, wie man sie sonst leider nicht im deutschen Vaterland sehe. Die Frage nach dem Lebensraum stehe heute im Mittelpunkt aller Betrachtungen. Deshalb sei es notwendig, den kolonialen Gedanken stärker als bisher zu pflegen. Sache des Volkes sei es, den Willen und die Kraft zum Ausdruck zu bringen. Den Wege müsse eine starke Staatsführung zeigen. Die Gedanken, die jeden Deutschen in der Zeit des Kampfes um die Gleichberechtigung bewegen müßten, seien: „Deutsches Volk will Land, Land für das hungernde Volk. Es verlangt das Recht, sich zu wehren gegen die, die ihm den Garaus machen wollen."

Zum Schluß der Kundgebung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Willen zum Ausdruck bringt, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die dem deutschen Volke auferlegte koloniale Aechtung beseitigt, die koloniale Gleichberechtigung anerkannt und die dem deutschen Volke im Versailler Diktat aufgezwungene koloniale Verzichtleistung aufgehoben wird. Das deutsche Volk fordert Kolonien für die wirtschaftliche und soziale Befreiung und den nationalen Wiederaufstieg.

Von der 50-Jahr-Feier der Deutschen Kolonialgesellschaft



Im Rahmen der Feiern zum 50jährigen Bestehen der Deutschen Kolonialgesellschaft fand eine Kranzniederlegung am Gefallenenehrenmal Unter den Linden statt, von der unser Bild berichtet

Eine neue französisch-spanische Entente?

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt mitteilen zu können, daß der französische Ministerpräsident Herriot beabsichtige, bei seinem Besuch in Madrid Ende dieses Monats eine neue Entente — das Wort Allianz würde vielleicht etwas zu stark sein — zwischen Frankreich und Spanien zustande zu bringen.

Herriot hoffe, daß die sich hieraus ergebende diplomatische Zusammenarbeit beider Länder nicht nur in Marokko, sondern auch in Genf und bezüglich der Sicherheit Frankreichs im Mittelmeer Früchte zeitigen werde. Es werde erwartet, daß Spanien auf der Abrüstungskonferenz bald als einer der wichtigsten Befürworter des Abrüstungs- und Sicherheitsplanes Herriots auftreten werde. In diesem Zusammenhang sei es nicht bedeutungslos, daß französischerseits gerade Spanien als geeignetstes Arsenal des Völkerbundes für schwere Geschütze, Tanks und Bombenflugzeuge vorgeschlagen worden sei.

Der Korrespondent fügt hinzu: Es mag sein, daß Frankreich die Gelegenheit einer Annäherung an Spanien für gekommen hält wegen der unzweifelhaften Schwächung des italienisch-spanischen Einvernehmens, die seit Einsetzung eines radikal-sozialistischen Regimes in Spanien eingetreten ist. Dieses Einvernehmen hatte, als es zwischen der faschistischen Regierung des Generals Primo de Rivera abgeschlossen wurde, in Frankreich große Sorge verursacht, weil man fürchtete, es könnte zum Abschluß eines See-Paktes führen, der die Verbindungslinien Frankreichs mit seinen nordafrikanischen Kolonien gefährden würde.

Macdonald gegen die Parteipolitik

An dem Frühstück zu Ehren Macdonalds, auf dem der Premierminister in den bereits gemeldeten Ausführungen das Abrüstungsproblem behandelt hat, ist besonders bemerkenswert, daß an dieser Veranstaltung der National-Labour-Party unter den 300 Gästen auch eine große Anzahl Angehöriger der Konservativen Partei teilnahmen.

In innerpolitischen Ausführungen, die den bereits gemeldeten außenpolitischen der Rede vorausgingen, hat denn auch Macdonald die glänzende und loyale Mitarbeit seiner Kollegen aus dem liberalen und konservativen Lager besonders hervorgehoben und unterstrichen, daß er auch weiterhin bemüht sein werde, die bisherige

Politik der Nationalregierung, d. h. einer Vertreter aller Parteien umfassenden Kombination,

aufrechtzuerhalten. Auch heute sei dieser Zusammenschluß ebenso notwendig wie vor 12 Monaten, und das Land sei

noch nicht wieder in der Lage, eine Rückkehr zum alten Durcheinander der Parteipolitik zu riskieren.

Die Regierung habe ein hartes Jahr hinter sich. Sie habe manches tun müssen, was nicht angenehm gewesen sei und Niedergeschlagenheit hervorrufen konnte. Die Bedingungen, die gegenwärtig in der Welt herrschten, hätten ihr aber keine Wahl gelassen. Dem Volke habe die Regierung jedenfalls die Wahrheit gesagt und nicht zugelassen, daß es in paradiesischen Wahnvorstellungen befangen dahinlebe, was zu schweren Enttäuschungen und schließlich sogar zum nationalen Bankrott hätte führen müssen. Dementsprechend werde die Nachwelt auch über dieses Kabinett das Urteil fällen: Wohlgetan, ihr guten und getreuen Diener.

Bei dieser Gelegenheit wandte sich Macdonald gegen die Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen dem Premierminister auf der einen und Sir John Simon sowie Neville Chamberlain auf der anderen Seite. Das Unterhaus werde sich zunächst mit den Ergebnissen der Konferenz von Ottawa zu beschäftigen haben. Dann aber werde man so bald wie möglich Gelegenheit nehmen, sich mit der Opposition im Parlament über deren Kritik an der Regierungspolitik in den Fragen der Abrüstung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich

Am Sonntagabend fuhr unweit des Bahnhofs Cerences (Departement Manche) ein vollbesetzter Personenzug in höchster Geschwindigkeit auf einen rangierenden Güterzug auf. Die ersten Wagen des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges wurden buchstäblich zertrümmert. Sieben Reisende, fünf Männer und zwei Frauen, wurden als Leichen geborgen. 15 Reisende wurden schwer verletzt.

Die Zahl der Toten hat sich später auf acht erhöht, die der Verletzten beträgt 20. Gegen den Bahnhofsvorsteher von Cerences und den Lokomotivführer des Güterzuges ist Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden.

17 Todesopfer indischer Amokläufer

„Times" melden aus Budhata (Pundschab): Aus Erregung über das Verschwinden einer Kuh, die angeblich von Mohammedanern gestohlen und geschlachtet worden ist, haben drei Sikhs eine furchtbare Bluttat begangen, die 17 Todesopfer forderte. Mit Schußwaffen ausgerüstet, liefen sie am 11. Oktober in den Straßen von Budhata Amok und schossen auf jeden Mohammedaner, der ihnen begegnete. Acht Personen büßten auf diese Weise das Leben ein, 9 wurden verwundet. Die Rasenden liefen dann in ein zwei Kilometer entferntes Dorf und erschossen dort neun Menschen.

10 Jahre Faschismus in Italien

Eine Rede Mussolinis

Auf der von schätzungsweise 25 000 Personen dicht gefüllten Piazza Venezia in Rom hielt Mussolini eine Rede, in der er daran erinnerte, daß genau vor zehn Jahren, am 16. Oktober 1922, in einer von ihm selbst einberufenen Versammlung in Mailand die Erhebung beschlossen wurde. In dieser Versammlung sei Einstimmigkeit erzielt worden über die sofort zu ergreifenden Maßnahmen, die in der Uebertragung der Machtbefugnisse auf ein Viermännerkollegium und in der Bildung der Abteilungen bestanden, die den Marsch auf Rom antreten sollten. Ferner herrschte Einstimmigkeit über andere Einzelheiten hinsichtlich der Mobilisierung der Schwarzhemden und der Machtbefugnisse, die dem Viermännerkollegium eingeräumt werden sollten.

Sobald eine Armee, fuhr der Duce fort, sich in Marsch setzt, muß ihr Aufbruch unter den bestmöglichen Bedingungen erfolgen, um so wenig als möglich Unruhen und Ungemach hervorzurufen. Die kürzlichen politischen Erfahrungen in einigen Ländern Europas zeigen uns, wie unsere Stärke damals wie stets von Weisheit begleitet war. Die Erhebung verhält sich zur Revolution wie die Taktik zur Strategie. Erhebung ist nur ein Augenblick der Revolution. Die umfassende Revolution mußte später beginnen. Tatsächlich begann sie erst im Jahre 1923, als die freiwillige Miliz für die Sicherheit der Nation und der faschistische Großrat geschaffen wurden.

Mussolini führte dann aus, daß unter allen Erhebungen der neueren Geschichte die faschistische Erhebung die blutigste gewesen sei, wobei er auf den Sturm auf die Pariser Bastille im Jahre 1789 und auf die russische Revolution hinwies. Die faschistische Revolution habe während dreier Jahre große Opfer an Blut gekostet, und dies erkläre und rechtfertige die absolute politische und moralische Intransigenz der Faschisten. Nun, da man in das zweite Jahrzehnt des faschistischen Regimes eintrete, seien neue Marschdirektiven notwendig.

Ich bin, so betonte Mussolini, euer Führer und bin wie stets bereit, jede Verantwortlichkeit auf mich zu nehmen. Wir müssen hart gegen uns selbst sein, treu zu unserer Lehre und zu unserem Eide. Alle diejenigen, welche die Krise durch Wundermittel beseitigen zu können glauben, befinden sich auf einem Irrwege. Entweder ist dies eine periodische Krise im System, und dann wird sie behoben werden, oder es ist dies eine Krise des Systems, und dann stehen wir vor dem Uebergang aus einer Epoche der Zivilisation in eine andere. Dort, wo man vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus übergegangen ist, ist das allgemeine Elend einfach furchtbar.

Mussolini sprach dann über das Problem der Jugend und betonte hierzu, im zweiten Jahrzehnt des Faschismus müsse den jungen Leuten Platz geschaffen werden. Niemand sei älter als derjenige, der auf die Jugend eifersüchtig sei. Wir wünschen, daß die jungen Leute sich an unserer Treue entflammen und bereit und entschlossen sind, unsere Arbeit fortzusetzen.

Zum Schlusse seiner Rede wies Mussolini auf die Bedeutung der Piazza Venezia, des Versammlungsortes, hin, auf dem sich der Altar des unbekannten Soldaten und der Altar der faschistischen Gräber befinden, und sagte: „Der unbekannte Soldat ist das Signal des geeinten siegreichen faschistischen Italien, er ist das höchste Zeugnis, was gewesen ist, und die unerschütterliche Sicherheit dessen, was sein wird."

Die Rede Mussolinis, der sämtliche Mitglieder der Regierung, des faschistischen Parteidirektoriums, des großen Rates, Senatoren und Abgeordnete mit dem Parlamentspräsidenten an der Spitze beiwohnten, wurde vielfach von Beifall unterbrochen.

Das Ergebnis der französischen Senatserneuerungswahlen

Das Schlußergebnis der französischen Senatserneuerungswahlen nach dem dritten Wahlgang ist folgendes: Die 111 zu vergebenden Sitze verteilen sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt:

	Sitze	Gewinn	Verlust
Rechtsstehende	6	0	1
Rechtsstehende Republikaner	11	3	2
Linksrepublikaner	26	6	10
Rechtsstehende Radikale	18	8	6
Radikale	49	10	7
Sozialisten	1	0	1
Kommunisten u. Dissidenten	0	0	0
Gesamt	111	27	27

Eine Wahlrede Hoovers in Cleveland

In einer Wahlrede in Cleveland führte **Präsident Hoover** u. a. aus, die vorgeschlagene Rüstungsverminderung um ein Drittel und die Verlegung des Nachdrucks auf den Begriff „Verteidigungswaffen" würden nicht allein gewisse Befürchtungen beseitigen, sondern wirkliche Zugeständnisse würden den Vereinigten Staaten mehr als 200 Millionen Dollar jährlich ersparen und Europas Kaufkraft wahrscheinlich um eine Milliarde Dollar jährlich verstärken. Die kommende Weltwirtschaftskonferenz würde sich mit den zahlreichen Münzsystemen und anderen ökonomischen Fragen befassen, durch die die Hindernisse zur Erholung verringert werden könnten.

Bei Begründung seiner Ablehnung der Streichung der Kriegsschulden erklärte Hoover, der Vorschlag des demokratischen Kandidaten, die Zolltarife herabzusetzen, so daß die Schuldenannuitäten aus den Gewinnen gedeckt werden könnten, die Europa durch den vermehrten Handel erzielen würde, sei noch viel abgedroschener als der Vorschlag, die Kriegsschulden aufzuheben.

Weiter sagte der Redner, keine Maßnahme sei für den Arbeiter und für den Landwirt notwendiger als die Aufrechterhaltung des Schutzzolltarifs. „Wir sind heute", so fuhr Hoover fort, „der riesenhafteste Markt der Welt und umgeben von Nationen, die danach verlangen, zu diesem Markte zugelassen zu werden."

Der Redner stellte in Abrede, daß die Vereinigten Staaten verantwortlich seien für das Daniederliegen der Wirtschaft in der ganzen Welt, und sagte, die demokratischen Führer seien sich offenbar der Folgen gar nicht bewußt, die es haben mußte, daß im Kriege 40 Millionen Jünglinge und Männer getötet oder arbeitsunfähig gemacht wurden, daß die stehenden Heere von zwei auf fünf Millionen Mann anwuchsen, und daß die Gärung in Indien, die Revolutionen in Rußland und China von größter Bedeutung seien. Die Demokraten ließen ferner die Wirkung der russischen Dumping-Waren unbeachtet.

Hoover schloß, wenn es möglich wäre, die innere Stabilität der anderen Nationen zu stärken, würde ihnen das eine Milderung der Beschränkung des Warenaustausches gestatten und es ihnen ermöglichen, zu stabilen Währungen zurückkehren. Er erwarte zuversichtlich, daß die Weltmaßnahmen, die er vorgeschlagen habe, einer solchen Erholung förderlich sein würden.

L. Gronau fliegt wieder

Aus Rangun, 17. Okt., wird gemeldet: **Der** deutsche Flieger von Gronau hat nach Ausbesserung seines Flugzeuges seinen Weltflug fortgesetzt. Er ist heute früh nach Akyab gestartet.

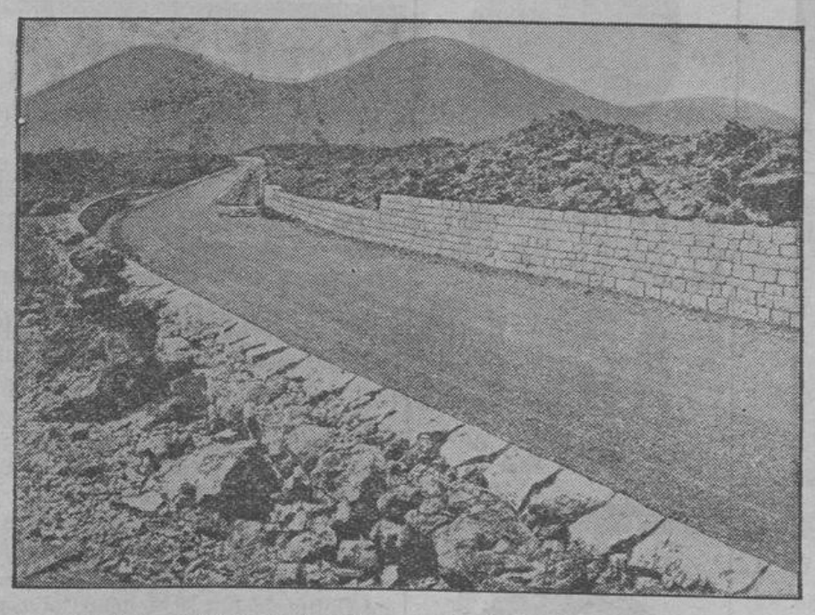
Aus Akyab kommt dann die Meldung: Von Gronau ist, nachdem er hier zwischengelandet war, nach Chilke Lake an der vorderindischen Küste gestartet.

Vor dem Rücktritt des belgischen Kabinetts?

Aus Brüssel, 17. Okt., wird gemeldet: Bei dem Ministerrat am Montag bestanden die liberalen Kabinettsmitglieder auf der Auflösung des Parlaments. Der Ministerpräsident weigerte sich jedoch, die Auflösungsverfügung zu unterzeichnen, wobei er von den katholischen Ministern unterstützt wurde.

Wahrscheinlich werden jetzt die liberalen Minister zurücktreten und dann wird auch das Gesamtkabinett seinen Rücktritt erklären. Eine neue vorläufige Regierung würde alsdann gebildet werden, die das Parlament auflöst und Neuwahlen vorbereitet.

Autostraße über die Lava des Aetna



Die neue Aetna-Autostraße, rechts und links die Lavafelder

Zum erstenmal baut man jetzt eine Autostraße auf einem Vulkan, und zwar gleich auf dem größten tätigen Vulkan Europas, dem Aetna in Sizilien. Mit großer Mühe und Gefahr werden die Bauarbeiten zwischen erloschenen Kratern, Felsen und Lavafeldern ausgeführt. Die ersten 10 Kilometer der Straße, die bis zu einer Höhe von 3000 Meter hinaufführt, können bereits Ende Oktober dem Verkehr übergeben werden.

Mißtrauensvotum der englischen Arbeiterpartei

„Daily Herald" zufolge wird die Arbeiterpartei des Unterhauses sobald wie möglich ein Mißtrauensvotum einbringen, weil die Regierung es unterlassen habe, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Besserung der Lage des Handels und der Industrie zu ergreifen.

Das rumänische Kabinett zurückgetreten

Aus Sinaja, 17. Okt., wird gemeldet: Ministerpräsident Vajda hat heute nachmittag dem König die Gesamtdemission des Kabinetts, die vom König angenommen wurde, überreicht. Nach der Audienz erklärte Vajda dem Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle, daß der König ihn bis zur Bildung der neuen Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut habe. Der König hat alsbald die Besprechungen zur Lösung der Krise begonnen und den früheren Innenminister Mihalaka zur Audienz berufen.

Gefängnis- und Geldstrafen für Devisenschieber

Das Schnellschöffengericht in Berlin verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den ehemaligen Gerichtsassessor Böhmer wegen Devisenvergehens und schwerer Urkundenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis und 6400 RM. Geldstrafe, den Bankenremissier Bick wegen fortgesetzten Devisenvergehens zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe, und den Bankprokuristen Wollsteiner zu 20 000 RM. Geldstrafe. Die übrigen fünf Angeklagten erhielten neben Geldbußen Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu fünf Monaten.

Die Angeklagten hatten Effekten im Werte von mehr als drei Millionen RM. aus Auslandsbesitz veräußert und den Erlös unter Umgehung der Devisenverordnung im Auftrage der Ausländer an Inländer gegeben.

Giftmord mit Hilfe von Pralinen

In Chemnitz wurde in der vorigen Woche der 24jährige Arbeiter Erich Hennemeyer, Mitglied des Werwolf, in seiner Wohnung vergiftet gefunden. Hennemeyer war am Tage vor seinem Tode mit seinem Motorrad nach Zwickau gefahren und nachts in seine Wohnung zurückgekehrt, wo er erbrach und einige Stunden später starb. In seiner Tasche wurde eine Tüte Pralinen vorgefunden. Die chemische Untersuchung dieser Pralinen hat ergeben, daß sich in einer Praline Zyankali befand, das nicht bei der Herstellung der Praline beigemischt, sondern ihr erst nachträglich beigefügt worden war. Hennemeyer hat durch das Gift dieser Praline den Tod gefunden. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung dieser rätselhaften Angelegenheit sind bisher ergebnislos verlaufen.

18 Tote bei einem schweren Eisenbahnunglück bei Temesvar

Wie die „Donau-Post" aus Temesvar in Rumänien meldet, hat sich in der Umgebung der Stadt ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das 18 Tote und viele Verwundete forderte.

Der Zug hatte um 17,40 Uhr Temesvar verlassen. Er war in der Hauptsache mit Arbeitern besetzt, die sich auf dem Heimwege von ihren Arbeitsstätten befanden. Etwa 1,5 Kilometer hinter dem Bahnhof sprangen die beiden letzten Wagen des Zuges beim Passieren einer Weiche aus den Schienen und stürzten um. Die beiden Wagen, ein Personenwagen und ein Postwagen, wurden noch etwa 50 Meter weit mitgeschleift. Von den 35 Insassen wurden 17 auf der Stelle getötet, die übrigen zum größten Teil schwer verletzt. Die Leichen von drei Männern und vier Frauen sind so zugerichtet, daß ihre Erkennung bisher nicht möglich war. Von 18 Schwerverletzten starb einer auf dem Transport zum Krankenhaus. Man befürchtet, daß 12 Verletzte nicht mit dem Leben davonkommen werden. Der Weichensteller wurde festgenommen. Es steht jedoch bisher nicht fest, ob ihn wirklich eine Schuld an dem Unglück trifft, da es sich um eine automatische Weiche handelt.

Ein amerikanischer „Fall Daubmann"

Von Paris aus wird die Nachricht verbreitet, der amerikanische Kriegsflieger Campbell sei nach 15jähriger Verschollenheit wieder in Amerika aufgetaucht.

Zu dieser Nachricht erklärt der in Karlsruhe ansässige Dentist Ritscherle, daß er am 1. Oktober 1917, vormittags 11.40 Uhr, als Fliegerschütze den amerikanischen Flieger Campbell abgeschossen habe. Der Flieger Andres aus Düsseldorf sei damals Ritscherles Flugzeugführer gewesen. Ritscherle habe photographische Aufnahmen aus der Luft und an der Absturzstelle des amerikanischen Fliegers gemacht. Am 6. Oktober 1917 habe er das Grab Campbells photographiert. Ein deutscher Offizier habe ihm die Papiere des amerikanischen Fliegers gezeigt und Campbell als tot gemeldet.

Wer sorgt für die ländliche Siedlung?

Von Dr. Hermann Ullmann

Als die Regierung Brüning abtrat, war es Allgemeingut der öffentlichen Meinung geworden, daß eine wirkliche Osthilfe nur durch einen Strukturwandel des Ostens möglich sei. Und daß man die Wirkung der ländlichen Siedlung auf die gesamte Wirtschaft nicht nur mit dem Rechenstift ausrechnen könnte, indem man den siedlungsfähigen Boden durch eine starre Besitzgröße dividiert, sondern daß das gesamte benachbarte Gebiet neuen wirtschaftlichen Auftrieb bekommt, daß ferner mit der steigenden Dichte der Bevölkerung auch eine intensivere Ausnützung von Grund und Boden möglich wird und damit die Stellengröße sich vermindert. Man hatte sich davon überzeugt, daß mit neuen, weniger bürokratischen Methoden gearbeitet werden müßte. Man hatte wieder daran zu denken begonnen, daß in Polen eine Dreißig-Millionen-Bevölkerung bereit steht, die sich viel stärker vermehrt als die unsrige, es war auch bekannt geworden, daß beim Völkerbund ein polnischer Plan

zur Besiedlung des deutschen Ostens vorlag. Drei Tage vor der letzten Wahl hat denn auch die Regierung v. Papen noch 50 Millionen für Siedlungszwecke bereitgestellt.

Die Erklärungen der neuen Regierung schienen alsbald alle Befürchtungen, sie werde die Siedlung vernachlässigen, zu widerlegen. Einem alten Führer der Siedlungsbewegung, wie Frhr. v. Gayl, der in vierundzwanzigjährigem Wirken bei der vorbildlichen ostpreußischen Landgesellschaft etwa 300 Dörfer mit geschaffen hat, konnte man glauben, daß er nie in ein Kabinett eingetreten wäre, von dem er die Ueberzeugung hatte, daß es siedlungsfeindlich sei. Man hätte ihm das bei seiner Vergangenheit auch glauben können, wenn er es nicht ausdrücklich am 9. Juni vor dem Reichsrat in diesem Sinne ausgesprochen hätte. Auch der Reichsernährungsminister Frhr. v. Braun, dem die Siedlung ressortmäßig anvertraut wurde, erklärte auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates am 11. Juni 1932: „Mir liegt daran klarzustellen, daß die Reichsregierung in ihrem Bestreben, die ländliche Siedlung zu fördern, keiner anderen früheren Regierung des Reiches nachsteht. . . . Ich halte die Ansiedlung deutscher Bauern im Osten für eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat. . . . Die Siedlung ist die natürlichste und gegebene Förderung der östlichen Gebiete. . . . Ich bitte versichert zu sein, daß ich der Frage der ländlichen Siedlung meine besondere Aufmerksamkeit zuwenden werde. . . ."

An Geld zur Siedlung fehlt es nicht so sehr, es fehlt noch weniger an geeigneten Siedlern. Dennoch wird das Jahr 1932 mit dem schlechtesten Siedlungsergebnis abschließen, das seit Jahren erzielt wurde, das heißt mit etwa 4000 bis 5000 neuen Stellen statt der in den letzten Jahren erreichten 10 000 und statt der 20 000 bis 30 000, die Brüning noch kurz vor seinem Sturz plante. Woher kommt dieses gefährliche Stocken?

Von einer Stelle in der Hauptsache, die alle Ursache hätte, die Siedlung mit vollen Kräften zu fördern, weil nur so eine wirkliche Erledigung ihrer Aufgabe möglich wäre: von der Osthilfe. Von dieser ist praktisch das Reichssiedlungsgesetz außer Kraft gesetzt und der Siedlung das Land entzogen worden. Zunächst einmal hat die unselige Verwirrung, die in der Osthilfe herrscht, die bürokratische Zerrüttung der Siedlungsarbeit, die ja seit jeher an einem Uebermaß von bürokratischer Instanzenherrschaft gelitten hat, vermehrt. Der Ostkommissar verfügte über das Land, das Arbeitsministerium über die Mittel, die Länder über den Verwaltungsapparat. Das Entscheidende aber war: Die zahlreichen Großbetriebe, die in Ostdeutschland nach dem Reichssiedlungsgesetz längst für die Siedlung zur Verfügung hätten stehen müssen, weil sie überschuldet und in der Hand nicht hinreichend befähigter Betriebsleiter waren, kamen unter Sicherungsschutz. Für die Siedler standen nur noch Güter zur Verfügung, die seit langem in den Händen der Gläubiger waren. Auch der größte Teil der Domänenpächter hat sich unter Sicherungsschutz gestellt. Dazu kam, daß die Landschaften häufig bei Zwangsversteigerungen die bare Auszahlung der Hypotheken verlangten, wenn ein Fremder das Gut ersteigerte. Die den Landstellen der Osthilfe anheimgefallenen Güter erfordern Betriebskredite aus der Osthilfe, Düngemittelkredite, Ernteaufbringungskredite. Nach der Ernte dieses Jahres wird man wieder da stehen, wo man im vorigen Jahre um diese Zeit stand. Man wird, um Verschleuderung zu verhindern, wieder öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Wieviel von den auf diese Weise geflossenen Reichsmitteln nicht wieder zurückfließen ist leicht auszurechnen.

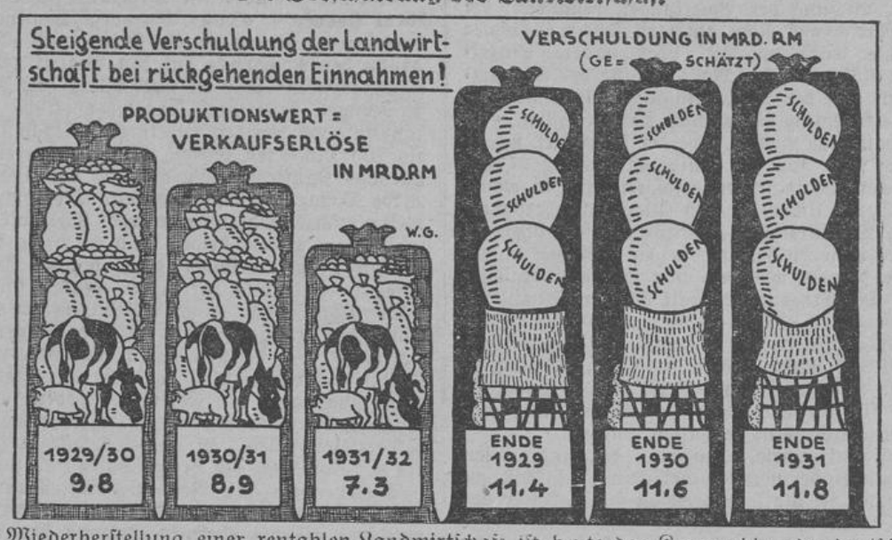
Für die Siedlung aber steht kein Land zur Verfügung. Es handelt sich nicht um einen Gegensatz zwischen verschiedenen Bevölkerungsklassen, nicht um Besitzgrößenfragen, sondern um die Rettung des Ostens und um eine allgemein nationalpolitische Notwendigkeit — nach den Worten des Reichsernährungsministers. Die Siedlung ist nachgewiesenermaßen imstande, die Bevölkerungsdichte um die Hälfte in wenig mehr als einem Jahrzehnt zu erhöhen. Daß der Siedler freilich in einem Augenblick, da radikale Zinssenkungsmaßnahmen einsetzen, nicht die frühere Rente zahlen kann, liegt auf der Hand.

Eine Zeitlang war davon die Rede, daß etwa 50 000 Morgen Staatsdomänen zur Verfügung gestellt werden sollten. Das Projekt ruht bei den Akten. Inzwischen verliert der Staat an den Domänen weiter sein Geld.

In allen kritischen Zeiten seiner Geschichte mußten dem Osten durch bäuerliche Siedlung frische Kräfte zugeführt werden, von der Zeit der Askanier und des Ritterordens an bis zu Friedrich dem Großen, Stein und der Ansiedlungskommission. Das ist ein historisches Gesetz. Es wird auch von jedem ministeriellen Kongreßredner immer wieder feierlich anerkannt. Am 11. Juni verwahrte sich der Reichsernährungsminister feierlich gegen den Vorwurf der Siedlungsfeindlichkeit. Wer will diese Regierung jetzt noch gegen diesen Vorwurf verteidigen? Sie wird jedenfalls bald Farbe bekennen müssen. Der Antrag der nationalsozialistischen Regierung in Mecklenburg ist ein deutliches Anzeichen. Er verlangt die Neuschaffung von 25 000 bis 28 000 bäuerlichen Stellen in Mecklenburg, und zwar von 15 000 bis 18 000, die aus ehemaligen Häuslerstellen zu Vollbauernstellen umgewandelt werden sollen, und 8000 bis 10 000 neue. Man kann über die Durchführung dieses Projektes verschiedener Meinung sein; Daß die Praxis der Landwirtschaft aufrechterhalten wird, ist eine völlige Unmöglichkeit.

Daß es um eine nationale und wirtschaftspolitische Frage ersten Ranges geht, ist allgemein und theoretisch anerkannt. Wenn man immer wieder keine Brücke von der unverbindlichen Theorie zu einer entschiedenen und entschlossenen Praxis findet, so kann diese Brücke einmal durch Kräfte geschlagen werden, die sehr weit von dem Gedanken einer Präsidialregierung in der gegenwärtigen Form entfernt sind.

Die Verschuldung der Landwirtschaft



Die Wiederherstellung einer rentablen Landwirtschaft ist heute das Kernproblem der deutschen Wirtschaftspolitik. Unser Schaubild zeigt sehr eindringlich den Zusammenhang zwischen der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Produkte und zwischen der Verschuldung in der Landwirtschaft

Bekanntmachung

Decken der Ziegen

Für die bevorstehende Deckperiode sind geeignete Ziegenböcke vom Kreise wieder untergebracht bei

Karl Theisen, Luisental
Paul Padur, Groß Ösinghausen
Johann Harenkämper, Dürscheid.

Die Ziegenhalter werden gebeten, bei dem ihnen nächstgelegenen Bock decken zu lassen. Jungtiere (Lämmer) bitte ich jedoch erstmalig zu dem bei Karl Theisen in Luisental stationierten Jungbock zu führen. Sofern die Ziegenabgabe von 1.50 RM. bezahlt ist, wird eine besondere Deckgebühr nicht erhoben. Die Bockhalter sind angewiesen, Tiere, für welche die Abgabe nicht an die Stadtkasse bezahlt wurde, zurückzuweisen. Die Bockhalter sind nicht verpflichtet, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen decken zu lassen.

Burscheid, den 15. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

M. DUMONT SCHAUBERG



Winter-Fahrplan

Stck. 30 Rpf in der Geschäftsstelle dies. Zeitung zu haben



Zum Waschen u. Putzen

stets Dr. Thompson's Schwan benutzen. Es gibt nichts Besseres, Billigeres und Unschädlicheres als Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver. Verwenden Sie das besonders sparsame Doppel-Paket, es kostet nur 44 Pfg.

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix. Paket 14 Pfg.

Gelegenheitskauf
Echt Eichen Schlafzimmer

beste Qualität, Schrank 2 Meter breit mit Zügen, für 350 RM. zu verkaufen.

Hilgen, Kölnerstraße 6.

Schreib-Maschine

„Orga-Privat" fast neu, billig abzugeben.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Schöne 2 Zimmer-Wohnung

direkt am Bahnhof Kuckenberg zum 1. November zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Der bestellte

Weißkohl

kann an meinem Lager abgeholt werden.

Oskar Kämper
Burscheid.

DRUCK-SACHEN

liefert die

Buchdruckerei ds. Ztg.

Viehmärkte vom 17. Oktober 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	831	953	—	863	1764	1538
Ochsen	102	112	185	296	565	427
Bullen	373	225	75	84	343	135
Kühe	225	448	146	217	627	512
Färsen	74	136	135	160	198	397
Fresser	57	22	9	106	31	—
Kälber	480	335	475	324	904	420
Schafe	96	64	3	34	125	120
Schweine	2719	2706	2828	2688	5238	5115
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	27—29	27—30	26—28	28—30	27—31	29—32
b) ältere	—	—	—	—	—	25—28
sonstige vollfleischige a) jüngere	24—26	24—26	22—25	24—27	23—26	22—24
b) ältere	—	—	—	—	—	—
fleischige	—	22—23	18—21	20—23	20—22	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	—	—	—	22—24	27—29
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	21—23	21—23	22—24	21—23	18—21	23—26
fleischige	19—21	18—20	18—21	18—20	—	—
gering genährte	16—18	15—17	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	26—28	26—29	25—27	25—27	26—29	24—26
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	23—25	22—24	21—24	22—24	20—25	20—23
fleischige	19—22	19—21	16—20	17—21	15—18	17—19
gering genährte	15—18	15—18	—	11—16	—	14—16
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	27—29	29—30	26—28	26—28	26—29	30—32
vollfleischige	26—27	25—28	22—25	22—25	20—24	26—29
fleischige	22—25	21—24	18—21	18—21	—	22—25
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	15—21	—	—	16—20	18—23	—
Kälber: Doppellender bester Mast	60—70	—	—	—	58—70	40—43
beste Mast- und Saugkälber	48—52	52—56	48—54	50—53	48—54	36—39
mittlere Mast- und Saugkälber	40—47	43—51	41—47	40—49	38—46	30—35
geringe Kälber	30—37	35—42	30—40	39—39	30—36	—
Schafe: Mastl. u. ig. Mastb. a) Weidemast	29—31	27—30	—	—	27—30	24—26
b) Stallmast	—	—	—	—	—	20—23
mittl. Mastl., ält. Mastb., gut gen. Schafe	25—27	—	—	—	22—26	17—19
fleischiges Schafvieh	20—23	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	42—46	44—47	44—47
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	42—45	42—46	42—45	42—46	44—47	42—46
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	42—45	40—45	40—45	42—46	42—47	40—46
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	38—41	38—43	38—49	38—43	—	38—41
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	36—38	35—37	36—41	35—37	22—26	—
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Sauen	33—40	32—39	34—38	36—40	—	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Tendenz: **Essen:** Großvieh und Schweine schlecht, Schafe ruhig, gute Fettschweine über Notiz; **Dortmund:** Großvieh schlecht, Kälber mittel, Schafe mittel, Schweine schlecht; **Düsseldorf:** Großvieh, schleppend, Kälber mittel, Schweine sehr schlecht; **Elberfeld:** Großvieh und Schweine sehr schlecht, Kälber mittel; **Köln:** Großvieh langsam, Kälber und Schafe ruhig, Schweine höher bezahlt; **Frankfurt:** Rinder ruhig, Kälber und Schafe mittel, Schweine schleppend.

Preuß. Klassen-Lotterie

Diese Woche Ziehung!

Kaufen Sie Ihre Lose am Platze. Keine Portoauslagen.
Diskrete Gewinnauszahlung.
1/8 Los 5 Mark, 1/4 Los 10 Mark empfiehlt

Otto Weber, Burscheid

Öffentliche Steuermahnung

Hiermit werden öffentlich angemahnt die Rückstände an:

1. Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat Oktober 1932,
2. Hundesteuer für das 2. Halbjahr 1932/33,
3. Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das 2. Kalenderhalbjahr 1932.

Die gesetzliche Mahnfrist ist 3 Tage. Danach hat kostenpflichtige Zwangsbeitreibung zu erfolgen.

Auswärtige Hebetermine sind angesetzt:

auf Mittwoch, den 19. Oktober, in der Wirtschaft Hirschfelder in Hilgen,
auf Donnerstag, den 20. Oktober, in der Wirtschaft Busch in Dierath,
an beiden Tagen von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 17. Oktober 1932.

Die Stadtkasse: Schmitz.

Bauholz
Bretter
Dielen, Latten, Rahmen u. Fußboden in allen vorkommenden Breiten und Stärken
Fußleisten, Spalierlatten Kalk-, Hohl- und Tapeten-Leisten

zu den billigsten Tagespreisen stets vorrätig

Oskar Heinrichs
Holzhandlung u. -Bearbeitung
Burscheid, Fernspr. 520.

Reparaturen und Neuwicklungen von Elektromotoren Dynamos, Lichtmaschinen und Starter

in jeder Stärke, werden billig und prompt ausgeführt.

Fritz Jakob
Burscheid-Kuckenberg
Telefon 494.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 245 2. Blatt Dienstag, 18. Oktober 1932

Grenzen des freiw. Arbeitsdienstes

Dem deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag waren in letzter Zeit wiederholt Klagen zugegangen, daß der freiwillige Arbeitsdienst sich auch solchen Arbeiten zuwandte, die im Sinne der gesetzlichen Vorschriften nicht als „zusätzlich" angesprochen werden können. So hatte z. B. eine Gemeinde die Aufstockung und den Ausbau eines Gemeindehauses durch den freiwilligen Arbeitsdienst vornehmen lassen, obwohl auch der Runderlaß des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst vom 9. August ds. Js. bereits darauf hinwies, daß von der Erledigung durch den freiwilligen Arbeitsdienst die Erstellung von Hochbauten auszunehmen sei. Der Kammertag hat daher den Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst noch einmal um eine eingehende Unterweisung der Bezirkskommissare und ebenso auch darum, seitens der Bezirkskommissare Fühlung mit den amtlichen Vertretungen des Handwerks aufzunehmen. Auf diese Eingabe hat der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst unterm 12. September nachstehenden Bescheid erteilt:

„Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß ebenso wie der Neubau von Land- und Wasserstraßen, so auch die Erstellung von Hochbauten sich grundsätzlich nicht für den freiwilligen Arbeitsdienst eignet, sondern der freien Wirtschaft und dem Handwerk vorbehalten bleiben muß. Dieser Grundsatz ist den Bezirkskommissaren aus mehreren mündlichen und schriftlichen Verlautbarungen bekannt. Diese grundsätzliche Einstellung hindert aber nicht, daß die Errichtung behelfsmäßiger Unterkunftsräume oder der Ausbau von Jugend- und Wanderherbergen in bescheidenen Ausmaßen, bei denen die personellen Kosten den materiellen Aufwand übersteigen, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden kann, sofern — wie in dem von Ihnen angeführten Falle des Ausbaues des Jugendwanderheimes und des damit in Verbindung stehenden Gemeindehauses in Güstrow — die Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit der Arbeiten gewährstet ist.

Ich habe Gelegenheit genommen, diese meine Auffassung den Bezirkskommissaren erneut zur Kenntnis zu bringen und ihnen zugleich mitzuteilen, daß erforderlichenfalls die Handwerks- und Gewerbekammern dankenswerter Weise bereit sind, den Bezirkskommissaren Persönlichkeiten aus den Kreisen des Handwerks zu benennen, die ihnen beratend zur Seite stehen können".

Ein Burscheider Heimatabend

Der rührige Verkehrs- und Verschönerungsverein Burscheid hat bereits seit einigen Wochen mit den Vorarbeiten für einen Burscheider Heimatabend begonnen. Derselbe soll, wie in der Vorstandsitzung am gestrigen Abend beschlossen wurde, am Sonntag, den 4. Dezember dieses Jahres, abends 7 Uhr, im Saale des Gasthofs „Zur alten Post" (Frau Wwe. Hugo Urbahn) hierselbst stattfinden. Der Verkehrs- und Verschönerungsverein ist bei der Veranstaltung eines solchen Abends von dem Gedanken ausgegangen, daß es auch zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört, die Heimatliebe zu stärken und zu pflegen, und daß gerade die jetzige Zeit dafür geeignet ist, auf sich selbst zu besinnen und die Heimat lieben und schätzen zu lernen. Außerdem sollen die Stunden dazu dienen, einmal der Sorgen des Alltags enthoben zu werden und sich an wirklich einzigartigen Darbietungen zu erfreuen und zu erbauen. Neben Musik- und Gesangvorträgen soll vor allem auch das „Burscheder Platt" zu Worte kommen, und haben sich hierfür bereits gute heimische Kräfte bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Wir werden demnächst noch ausführlicher auf diese begrüßenswerte Veranstaltung zurückkommen. Für heute sei nur gesagt: Halte diesen Tag frei für den Burscheider Heimatabend!

Weiterhin wurden in dieser Sitzung noch eine Anzahl sonstiger Fragen und Angelegenheiten besprochen. Die Blumenschmuckprämiierung hat sich leider durch verschiedene Umstände verzögert, sie soll aber nun in nächster Zeit stattfinden. Auch lagen wieder einige Dankschreiben der Preisträger aus dem Wettbewerb vor, die sich höchst erfreut über die gute Aufnahme in Burscheid aussprachen und in denen sie erklärten, in ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis wärmstens für unser Heimatstädtchen zu werben, dessen idyllische Lage und landschaftlichen Schönheiten jeden entzücken müßten. — Als Vertreter des hiesigen Gewerbevereins ist Herr Friseur Walter Gerhards in den Vorstand aufgenommen worden.

Hausbesitz im Wirtschaftsprogramm

Arbeitsgemeinschaft der Haus- und Grundbesitzervereine im Rhein-Wupper-Kreis

Vor einigen Tagen tagten in Opladen wieder die Vorstände der Hausbesitzervereine des Rhein-Wupper-Kreises unter der Leitung des Herrn Küntzel, Schlebusch-Manfort. Herr Dr. v. Loevenich vom Verband rheinischer Haus- und Grundbesitzervereine, Köln, berichtete über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und die Neuregelung der Hauszinssteuer. Nach Ansicht des Referenten sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß wir den Tiefstpunkt der Krise überschritten oder wenigstens erreicht haben. Im Ausland seien die Anzeichen der Besserung bereits deutlicher bemerkbar, während wir im Inland noch unter den politischen Schwierigkeiten zu leiden hätten, ebenso unter der wirtschaftspolitischen Einstellung der Reichsregierung, die dazu neige, über dem Gedanken der Selbstversorgung die lebenswichtigen Interessen der Ausfuhrindustrie und der Arbeitnehmerschaft zu vergessen. Wenn es richtig sei, daß wir vor dem allmählichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg ständen, so sei es unbedenklich, daß die Regierung durch Ausgabe von Steuergutscheinen Kreditunterlagen schaffe und damit die Wirtschaft von der Geldseite ankurbele.

Der Redner beschäftigte sich eingehend mit der technischen Ausgestaltung der Steuergutscheine und mit den Voraussetzungen, unter denen diese ausgehändigt werden. Der Hausbesitz beteilige sich an den Steueranrechnungsscheinen vornehmlich mit der Grundvermögenssteuer des Staates und der Gemeinden, in vielen Fällen aber auch mit der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer; alle drei Steuerarten fielen mit 40 Prozent unter die Steueranrechnungsscheine. Die Scheine würden ausgehändigt für die Steuern, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fällig und entrichtet würden. Die Scheine würden nur auf Antrag ausgehändigt, der beim Finanzamt der Umsatzbesteuerung bezw. beim Wohnsitz-Finanzamt eingereicht werden müsse. Gleichzeitig müsse den Städtischen Steuerkassen das Finanzamt mitgeteilt werden, das für die Ausstellung der Steueranrechnungsscheine zuständig sei. Wenn auch grundsätzlich zunächst nur Scheine über 50 Mark und mehr ausgehändigt würden, so sei für die kleineren Beträge insofern ein Ausgleich geschaffen, als das Finanzamt eine Bescheinigung an eine vom Steuerschuldner zu benennende Bank, Sparkasse oder Genossenschaft ausstelle, auf Grund deren der Steuerschuldner von der Bank Kredit in Anspruch nehmen könne, während die Bank die Bescheinigungen gegen Steuergutscheine eintausche. Ein Hausbesitzer mit einem Objekt von 30 000 Mark Grundvermögenssteuerwert und einem Gemeindezuschlag von 300 Prozent habe Anspruch auf 140 Mark Steuergutscheine, die entweder veräußert oder bei einem Geldinstitut beliehen werden könnten. Es sei der Wunsch der Regierung, daß die Gutscheine nicht gehamstert, sondern in den Verkehr gebracht und vornehmlich für die Reparaturen von Wohngebäuden usw. verwandt würden.

Für die Instandsetzung von Wohngebäuden habe die Regierung außerdem 50 Millionen Mark ausgeworfen, die als verlorene Zuschüsse zur Instandsetzung von Wohnungen, zur Teilung von Großwohnungen oder zur Umwandlung gewerblicher Räume in Wohnungen verwandt werden müßten. Die Anträge seien an die Gemeinden und Gemeindeverbände zu richten, die bisher Hauszinssteuerhypotheken ausgegeben hätten. Die Zuschüsse brauchten weder verzinst noch zurückgezahlt zu werden. Sie beliefen sich auf 20 Prozent der gesamten Reparatursumme; dabei sei allerdings Voraussetzung, daß der Reparaturbetrag pro Grundstück wenigstens 250 Mark ausmache. Bei Teilung einer Wohnung betrage der Zuschuß sogar 50 Prozent, im Höchstfalle 600 Mark für jede Teilwohnung. Durch dieses Zuschußsystem würden insgesamt 200 bis 250 Millionen Mark in die Wirtschaft gepumpt, die vornehmlich den Handwerkern und deren Arbeitnehmern zugute kämen. Es sei wichtig, daß die Interessenten sich unverzüglich meldeten, weil wahrscheinlich starke Nachfrage nach diesen Zuschüssen bestände und weil es in zahlreichen Fällen notwendig sei, mit den Arbeiten vor Einsetzen der Frostperiode zu beginnen.

Nachdem Herr Dr. v. Loevenich noch einige Ausführungen zur Bürgersteuerverordnung 1932 gemacht hatte, beschäftigte er sich eingehend mit der Neuregelung der Hauszinssteuerverordnung insbesondere mit deren sozialen Vorschriften nach der Verordnung vom 29. August 1932. Notleidende Mieter müßten sich jetzt unmittelbar an die Wohlfahrtsbehörden wenden. Die Hausbesitzer brauchten für die Mieter keine Anträge mehr auf Stundung und Niederschlagung einzureichen; die Mieter müßten die volle gesetzliche Miete entrichten und, wenn sie dazu nicht in der Lage seien, sich an das Wohlfahrtsamt um Unterstützung wenden. Die Entscheidung liege damit beim Wohlfahrtsamt, welches den Steuerbehörden mitteile, welcher Unterstützungsbetrag zu zahlen sei, falls eine Hauszinssteuerstundung nicht gewährt würde. Der Hausbesitzer bekomme dann von der Steuerstelle die Mitteilung, welcher Hauszinssteuerbetrag zugunsten des antragstellenden Mieters gestundet sei. Der Redner befürchtete von dieser Neuregelung eine Verschlechterung der Lage der Mieter und der Hausbesitzer, weil auch diese Verordnung den Zweck verfolge, die öffentliche Hand zu entlasten und das Risiko der Mietausfälle mehr als bisher auf die Hausbesitzer abzuwälzen. Daher habe die Organisation bereits Anträge eingereicht, das alte System wieder einzuführen, wonach Stundung gewährt wurde, wenn ein bestimmt begrenztes Einkommen nicht überschritten war.

25 Jahre Friseur-Zwangsinnung

Die Friseur-Zwangsinnung für den Rhein-Wupper-Kreis beging in diesen Tagen die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Nach voraufgegangener Innungs-Versammlung begann Sonntagabend im oberen Saale des Hotels Hoffmann die eigentliche Jubelfeier, die von den Kollegen recht zahlreich besucht war. In stattlicher Anzahl waren auch die Obermeister der befreundeten Handwerker-Innungen erschienen. Nach einem Musikvortrag begrüßte sie Obermeister Hermann Schöllgen, Opladen, mit herzlichen Worten. Er konnte aus der stattlichen Zahl der Ehrengäste den Vorsitzenden des Provinzialverbandes, Herrn Schreyer, begrüßen.

Einen kurzen Abriß der Vereinsgeschichte gab dann Herr Gerhards. Er gedachte insbesondere der Schöpfung der Fachschule, eine Gründung des Obermeisters Schöllgen, dem dafür besonders herzlicher Dank gebührt. Mit ihm verdienen Dank die Leiter Herr Jakobs-Langenfeld und Herr Hurschmann-Opladen. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch auf weitere erfolgreiche Arbeit der Innung.

Namens der Stadtverwaltung Opladen sprach dann Beigeordneter Jaspers herzliche Glückwunschworte. Ehrenobermeister Heimbach dankte im Namen der anwesenden Obermeister und der Gäste für die Einladung und Begrüßung. Der Redner schloß seine Darlegungen mit dem Wunsche auf baldige Besserung der Wirtschaftslage und einen Wiederaufstieg des Berufsstandes wie des gesamten Vaterlandes.

Im Mittelpunkt der Festversammlung stand dann die Ansprache des Verbandsvorsitzenden, Herrn Schreyer-Solingen. Der Redner schloß mit dem Wort Hans Sachsens aus den Meistersingern „Ehrt mir Eure Meister" und gab eine Reihe von Anerkennungsschreiben an die Führer der Organisation bekannt. Zu nennen sind hier die Herren Schöllgen, Gerhards, Kerp, Sondermann, denen das Verdienstkreuz des Provinzialverbandes überreicht wurde.

Treffliche Worte fand auch der Vorsitzende des Mittelstandskartells Viktor Teitscheid. Namens der Handwerkskammer konnte er Obermeister Schöllgen und einer weiteren Reihe von Handwerksmeistern Ehrenschreiben der Handwerkskammer überreichen.

Herr Sondermann, der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, nahm dann die Lossprechung der Lehrlinge vor. In den 9 Jahren seines Vorsitzes konnten 105 Lehrlingen die Prüfungsurkunde ausgehändigt werden. Auch diesmal konnten wieder eine Reihe von Lehrlingen ihre Prüfung mit gutem Erfolg bestehen. Ihnen wurden die entsprechenden Urkunden überreicht mit einem sinnfälligen Spruch. Dr. Jaspers gedachte zum Schluß des offiziellen Teiles, nachdem noch inzwischen Bürgermeister Dr. Brühl erschienen und willkommen geheißen war, des greisen Staatsführers, Reichspräsidenten von Hindenburg, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Feldmarschall. Die Versammlung sang anschließend die erste Strophe des Deutschlandliedes. Bei einem gemütlichen Tänzchen verlebten die Teilnehmer noch einige erinnerungsreiche Stunden.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 17. Oktober

Je 100 Pfund: Spätkartoffeln 2,20—2,70; Sommerspinat 4,70—7,10; Feldsalat 10,10—13,60; Wirsing (grün) 1,40—2,80; Rotkohl 1,30—1,80; Butterkohl 1—2,10; Weißkohl 0,90—1,50; Rosenkohl 14,10; Grünkohl 1,50; Strauchbohnen 10,90—12,10; Wollbohnen 10,60—15,90; Zwiebel 6,60; Rote Möhren 2,40—3,60; Rote Beete 2—2,90; Rübstiel 2,10; Birnen I. 7—16,10; Birnen II. 3,50—6,80; Aepfel I. 11,30—16,10; Quitten 10,80—10,90; Radies 1,80; Je 100 Stück Sellerie I. 6,60; Porree I. 1,60; Porree II. 0,50—0,70; Blumenkohl I. 17—31,30; Blumenkohl II. 7,90—12,10; Kopfsalat I. 4,90—6,60; Endivien I. 2,30—4,10; Endivien II. 1,10—2,00; Treibhausgurken I. 23,10; Treibhausgurken II. 15,00; Kohlrabie blau I. 1,50—2,80.

Anfuhr: gut. Nachfrage: gut bei flottem Geschäft.

Nächste Versteigerung: Donnerstag, 13,30 Uhr.

Aus der Heimat

Schnell gelöschter Brand

Bewohner der „Alten Burg" in Bornheim wurden vergangene Nacht gegen 1.30 Uhr erschreckt aus dem Schlafe wach und bemerkten in ihren Zimmern einen scharfen Brandgeruch. Das im Keller des Hauses lagernde Heu war in Brand geraten und da die Brandschwaden keinen günstigen Abzug hatten, hüllten dieselben das ganze Haus ein, sodaß die Bewohner zum Teil in Erstickungsgefahr gerieten. Dieselben und Nachbarsleute gingen dem Brand schnell zu Leibe und benutzten vor allem den nebenan befindlichen Jauchekeller. Der alarmierte Löschzug Dierath der freiwilligen Feuerwehr Burscheid war bald zur Stelle, brauchte jedoch nicht mehr groß in Tätigkeit zu treten. Dank der Besonnenheit der Hausbewohner wurde nur geringer Schaden angerichtet.

Steuern werden angemahnt

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe werden die Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat Oktober 1932, Hundesteuer für das zweite Halbjahr 1932/33, Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das zweite Kalendervierteljahr 1932 öffentlich angemahnt.

Die gesetzliche Mahnfrist ist drei Tage. Danach hat kostenpflichtige Zwangsbeitreibung zu erfolgen.

Auswärtige Hebetermine

sind angesetzt: auf Mittwoch, den 19. Oktober, in der Wirtschaft Hirschfelder in Hilgen, auf Donnerstag, den 20. Oktober, in der Wirtschaft Busch in Dierath, an beiden Tagen von 2—5 Uhr nachmittags.

Ziegendeckung

Für die bevorstehende Deckperiode sind geeignete Ziegenböcke vom Kreise wieder untergebracht bei Karl Theisen, Luisental, Paul Padur, Groß-Oesinghausen und Johann Harenkämpet in Dürscheid.

Die Ziegenhalter werden gebeten, bei dem ihnen nächstgelegenen Bock decken zu lassen. Jungtiere (Lämmer) sollen zu dem bei Karl Theisen in Luisental stationierten Jungbock geführt werden. Sofern die Ziegenabgabe von 1,50 RM bezahlt ist, wird eine besondere Deckgebühr nicht erhoben. Die Bockhalter sind angewiesen, Tiere für welche die Abgabe nicht an die Stadtkasse bezahlt wurde, zurückzuweisen. Die Böckhalter sind nicht verpflichtet, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen decken zu lassen.

Der Verlierer mag sich melden

Auf dem hiesigen Polizeibüro im Rathaus Zimmer 9 wurden sieben neue Matratzenschoner als gefunden gemeldet. Der Verlierer mag dort seine Rechte geltend machen.

Die Burscheider Schachfreunde 1929 unterliegen 2:5 gegen Manfort

Daß die Burscheider Schachfreunde gegen den Meister 1931/32 verlieren würden, stand wohl von vornherein fest, daß die Niederlage jedoch so hoch ausfiel, das haben sich die Schachfreunde zum Teil selbst zuzuschreiben. Eine Mannschaft muß, wenn es um Punkte geht, unbedingt kom-

plett antreten, sonst gibts eben Niederlagen, zumal wenn gleich drei Spieler als Ersatz mitmachen und der Gegner mit nur einem Ersatzspieler antritt. Wenn die Burscheider Mannschaft weiterhin geschwächt spielt, wurde in Opladen doch auch mit Ersatz gespielt, dann haben die Schachfreunde die große Chance, an letzte Stelle zu kommen, noch nicht verpaßt. Hoffen wir, daß dies klar erkannt wird und es beim nächsten Spiel heißt, die Burscheider siegten.

Zum Spielverlauf wäre zu sagen, daß die Kämpfe fast restlos schnell beendigt waren, und nur die Partie Kuhlen—Zerwes fünf Stunden dauerte. Kuhlen gelang es dann schließlich, trotz heftiger Gegenwehr von Zerwes, diesen zur Aufgabe zu zwingen. Den ersten Punkt für Burscheid hatte schon vorher Lenzhölzer gegen Fisch gewonnen, sodaß das Ergebnis 5:2 lautete.

Der nächste und vorletzte Kampf in der diesjährigen Meisterschaftsserie steigt am 26. Oktober in Hitdorf und wird wohl diesmal den Schachfreunden, vorausgesetzt, daß die komplette Mannschaft antritt, der Sieg nicht zu nehmen sein.

Bestandene Prüfung

Vor dem Prüfungsausschuß der Solinger Zwangsinnung für das Bäckerhandwerk bestand Willi Fuchs aus Kotten bei Burscheid (Lehrmeister Emil Weck, Solingen) seine Gesellenprüfung im praktischen und theoretischen Teil mit gut.

Unseren herzl. Glückwunsch!

Keine Verschiebung der Kirchenwahlen

Der in Berlin versammelte Kirchensenat, die leitende Instanz der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, hat die an ihn herangetragenen Wünsche, die für November angesetzte Kirchenwahl wegen der Reichstagswahl zu verschieben, abgelehnt. Die Kirche dürfe erwarten und müsse fordern, daß in den Kirchengemeinden die kirchliche Verantwortung bei der Aufstellung der Kandidatenlisten und bei Ausübung des Wahlrechts ernst genug empfunden werde, um parteipolitische Gesichtspunkte fernzuhalten und die kirchlichen Wahlen allein nach dem Maßstab kirchlicher Erfordernisse durchzuführen. Der Kirchensenat hat eine dahingehende Mahnung an die kirchliche Wähler beschlossen, die am Sonntag, den 23. Oktober, in den Gottesdiensten verlesen werden soll.

Neuer Reichstarif für die Schuhindustrie?

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, finden am kommenden Montag, den 24. Oktober, in Berlin Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifes für die gesamte deutsche Schuhindustrie statt.

Keine Herabsetzung des Pensions-Dienstalters

Entgegen anderslautenden Meldungen wird mitgeteilt, daß eine Herabsetzung des Pensionsdienstalters weder im Reich noch in Preußen in Frage kommt.

Auffallende Planetenstellung

Der Sternenfreund darf in den nächsten zwei Wochen nicht versäumen, einige Mal Frühaufsteher zu sein. Am Morgenhimmel bieten die beiden Planeten Venus, der Morgenstern, und Jupiter eine selten schöne Beobachtungsmöglichkeit. Beide stehen im Sternbild des Löwen. Venus nähert sich Jupiter und zieht am 20. Oktober in auffallend kleinem Abstand an Jupiter vorüber. Der Abstand beträgt nur etwa ein Zehntel Grad, das ist rund der fünfte Teil des Monddurchmessers. Die beiden hellen Sterne werden für das bloße Auge also nur noch wie ein sehr heller Doppelstern erscheinen und einen prächtigen Anblick bieten. Der Aufgang der beiden Planeten erfolgt etwa 2,30 Uhr morgens. Bis zum 20. Oktober geht Venus noch etwas vor Jupiter auf.

Was darf nicht mit der Post versandt werden?

Gewisse Sendungen sind auf Grund von Rechtsvorschriften oder wegen anderer Verhältnisse von der Postbeförderung ausgeschlossen. Die Ordnung hierzu zählt die Dinge auf, was aber nicht immer beachtet wird. Es sind dies Sendungen, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze, das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstößt. Verboten sind also beleidigende oder unsittliche Angaben; Gegenstände, die eine Gefahr bilden, wie leicht entzündliche Sachen und ätzende Flüssigkeiten, Sprengstoffe, Zündmittel wie Knallsilber. Eine Ausnahme besteht nur für Zündhölzer, die in beschränkten Mengen und guter Verpackung mit anderen Waren versandt werden können. Nichtbefördert werden Feuerwerkskörper, Blitzlichtpulver, Gegenstände, die durch Luft- oder Wasserzutritt knallfähig werden, Benzin und endlich Dinge, die gesundheitsschädigend wirken, z. B. Kisten hervorstehenden Nägeln usw. Es dürfen ferner von der Verwaltung Sachen ausgeschlossen werden, die sie mit den vorhandenen Verbindungen nicht befördern kann oder die nach der Beschaffenheit den Betrieb erschweren. Wer ausgeschlossene Gegenstände unter Schweigen oder falscher Angabe einliefert, macht sich straf- und haftbar. Von der Versendung nach dem Ausland sind noch andere Dinge ausgeschlossen.

Neue Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes

Wird einem Angestellten das Bargehalt erst nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gezahlt, so verjährt der Anspruch auf die Beitragsrückstände der Angestelltenversicherung in zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der tatsächlichen Gehaltszahlung (III AV 40/31 V).

Die Ablehnung einer angebotenen (unselbständigen) Arbeit ist nach § 90 Abs. 2 Nr. 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVAVG) jedenfalls dann berechtigt, wenn durch die Arbeit nach der Erfahrung des Lebens überhaupt kein „Lohn", d. h. kein wirtschaftlicher Vorteil für die Arbeit erzielt werden würde (IIIa Nr. 416/31).

Hat ein Dienstbeschädigter für einen Teil seiner Versorgungsrente eine Kapitalabfindung erhalten, so ist der kapitalisierte Rententeil nicht nach § 112a Abs. 1 Nr. 2 AVAVG auf die Arbeitslosenunterstützung vom Tage der Antragstellung ab nicht entgegen (IIIa Nr. 19/32). Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hat stets die Pflichtversicherung in einem der in § 69 AVAVG bezeichneten Versicherungszweige regelmäßig also in der Krankenversicherung, zur Voraussetzung (IIIa Nr. 29/32).

Macht ein Arbeitsloser, der die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung erworben hat, erst nach Stellung des Antrages glaubhaft, auf welche Weise die Anwartschaft erworben ist, so steht dies der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung anzurechnen (IIIa Nr. 59/32).

Beschleunigung der Prüfung der Bausparkassen

Erneute Klagen über die langsame Erledigung der Zulassung von Bausparkassen veranlaßten die Solinger Industrie- und Handelskammer den Deutschen Industrie- und Handelstag zu bitten, beim Reichswirtschaftsministerium auf eine Beschleunigung des Verfahrens hinzuwirken, insbesondere zum Ausdruck zu bringen, daß die in dem letzten Geschäftsbericht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung beklagte unzureichende Zuteilung von fachkundigem Personal beseitigt werden müsse, da sonst der Zweck der Aufsicht nicht erreicht werde.

Weniger Schwarzhörer

In den Monaten April bis Juni 1932 wurden, wie die Reichsrundfunkgesellschaft bekanntgibt, insgesamt 199 Personen wegen Schwarzhörens verurteilt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Zahl der verurteilten Schwarzhörer dagegen 320. Man hat es also mit einem frappanten Rückgang der Schwarzhörerzahl zu tun. In erster Linie darf man diese Entwicklung wohl darauf zurückführen, daß es neuerdings Erwerbslosen möglich gemacht wird, gebührenfrei Radio zu hören.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Verkehrsunfälle

Opladen, 18. Okt. An der Ecke Rennbaum- und Raddeystraße in Opladen erfolgte ein Zusammenstoß von zwei kleinen Personenwagen. Es entstand lediglich erheblicher Sachschade. Am Samstag wurde ein Kind in der Kölner Straße, das über die Straße laufen wollte, von einem Kraftwagen angefahren und verletzt. Es mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — Der Täter, der vor einigen Tagen einen Omnibus in der Kölner Straße in Opladen bestohlen hatte, konnte jetzt ermittelt und verhaftet werden. Aus einer verschlossenen Garage in der Kölner Straße wurde durch Einbruch ein Herrenfahrrad gestohlen.

Was hat man mit dem Opladener Lyzeum vor?

Opladen, 18. Okt. In einer Versammlung der Evangelischen Gemeinde besprach man eingehend die Frage des städtischen Lyzeums, von dem unkontrollierbare Gerüchte behaupten, daß es zugunsten Leverkusens geschlossen werden soll. Es wurde einmütig folgende Entschließung gefaßt: Die Somntagabend in dem bis auf den letzten Platz gefüllten großen Saal des Jugendheims versammelten Mitglieder der Evangelischen Gemeinde Opladen haben von einem Vorschlag und Verhandlungen der Stadt Leverkusen auf Schließung des städtischen Lyzeums Opladen gehört und mit Entrüstung von den Einzelheiten Kenntnis genommen. Die Versammlung setzt sich einmütig ein für die Erhaltung der Anstalt in Opladen.

Die Wupper soll in Opladen ausgebaut werden

Opladen, 18. Okt. Die Opladen-Leverkusener Wuppergenossenschaft in Opladen beabsichtigt, die Wupper in Verbindung mit der Herstellung der von der Provinzialverwaltung geplanten Umgehungsstraße in Opladen auszubauen. Das Bauvorhaben ist aus Gründen des öffentlichen Wohles für zulässig erklärt worden.

Unglücksfall mit ernsten Folgen

Leverkusen, 18. Okt. Auf der Düsseldorfer Straße, Kölner Gebiet, in Höhe des Flittarder Weges, wurde Samstagabend gegen 8 Uhr ein Radfahrer, der mit seinem gleichfalls rechtsfahrenden Bruder auf dem Wege nach Berg. Neukirchen zur dort befindlichen Wohnung begriffen war, von einem vermutlich aus Leverkusen stammenden kleinen Lieferauto angefahren und so schwer verletzt, daß er mit einem in Richtung Mülheim fahrenden Auto in ein Mülheimer Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Radfahrer waren auf der rechten Straßenseite, aber außerhalb des Radfahrerweges gefahren.

Verkehrsunfälle

Leverkusen, 18. Okt. Ein Motorradfahrer kam Samstagabend auf der glatten Hauptstraße zu Fall und trug einen Schlüsselbeinbruch davon. Ein Radfahrer wurde am Samstagabend auf der Düsseldorfer Straße auf Kölner Gebiet von einem Lieferwagen angefahren und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein kleines Warenhaus gestohlen

Leverkusen-Schlebusch, 18. Okt. Am Sonntagnachmittag wurden aus einer Wohnung des Hauses Reuterstraße 174 folgende Sachen gestohlen: 6 Ueberzieher, 1 Lodenmantel, 1 Lederjacke, 1 Windjacke, 6 Herrenanzüge, 8 Meter grauer, 4 Meter blauer und 3,30 Meter brauner Anzugstoff, verschiedene Paar Schuhe, ein Feldstecher, 2 goldene Uhren und eine Geldkassette mit 155 Mark. Die Täter haben vom Hofe aus eine Fensterscheibe der Wohnung eingedrückt und sind dadurch in die Wohnräume gelangt.

Ein Autounglück und eine Schweinejagd

Langenfeld, 18. Okt. Ein Autounglück, das einen humorvollen Anstrich erhielt, trug sich am Sonnabendnachmittag gegen 3 Uhr am Weißen Stein zu. Aus Richtung Benrath kam das mit Schweinen beladene Lieferauto eines auswärtigen Händlers, als zu gleicher Zeit ein aus der Treibstraße kommender Personenwagen die Provinzialstraße überqueren wollte. Der Personenwagen fuhr gegen den Lieferwagen, der durch den Anprall umstürzte und den Schweinen damit ungewollt die Freiheit gab. Der Führer des Personenautos machte seinen Wagen wieder schnell fahrbereit und suchte das Weite, während der Schweinehändler Mühe hatte, sein Eigentum zusammenzusuchen. Mit Hilfe von Anwohnern hatte diese unvorhergesehene Schweinejagd schließlich Erfolg. Der Händler erlitt durch den Zusammenstoß mehrere Verletzungen.

Unwetterschäden

Langenfeld, 18. Okt. Das große Unwetter der letzten Tage hat auch in unserer Gemeinde nicht unbeträchtlichen Schaden angerichtet. So wurde in Immigrath in der Josefstraße ein starker Baum vom Sturm umgelegt und zwar quer über die Straße, wodurch diese für den Verkehr gesperrt wurde. Auch an vielen anderen Bäumen, in Gemüsepflanzungen und Aeckern ist erheblicher Schaden angerichtet worden. In Berghausen standen teilweise die Wasser auf den Feldern derart hoch, daß die noch im Boden befindlichen Kartoffeln ausgeschwemmt wurden. Ebenso sind in den Wintergemüse-Pflanzungen große Schäden angerichtet worden, zum Leidwesen der Landwirte. An den Bäumen der Provinzialstraße hat der Sturm ebenfalls manchen Ast geknickt. — An der Kaiser-, Kloster- und Kirchstraße in Richrath entstand durch die Regengüsse eine Ueberschwemmung. Die anliegenden Häuser mußten Türen und Kellerfenster schließen, ohne vollständig verhindern zu können, daß das Wasser in die Häuser drang. Die Kaiserstraße war auf eine Teilstrecke ein kleiner See.

Drei neue Scharlachfälle

Immigrath, 18. Okt. Nachdem die Scharlacherkrankungen in der letzten Zeit zurückgegangen waren, sind nun wieder drei neue Erkrankungen und zwar in der Familie des Leiters der evgl. Schule in Immigrath zu verzeichnen. Obwohl zum Glück auch diese neuen Fälle leichterer Art sind, hielten es der Elternbeirat und die behandelnden Aerzte für notwendig, bei der Verwaltung die Schließung der Schule zu beantragen, um weiterer Ansteckungsgefahr zu begegnen. Von der Verwaltung ist daher die Schließung der evgl. Volksschule in Immigrath angeordnet worden. Da nach Beendigung der Herbstferien der Unterricht gestern wieder begann, ist er für die evangelischen Klassen in die katholische Volksschule in Immigrath verlegt worden, wo er nachmittags stattfindet.

Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung

Leichlingen, 18. Okt. Vor dem Amtsgericht in Opladen erschienen am Freitag der vergangenen Woche die Ehefrau eines hiesigen Führers der KPD und der Herausgeber der „Leichlinger Dorfzeitung". Beide waren wegen Beamtenbeleidigung angeklagt, und zwar hatte die Ehefrau Schm. eine Aeußerung des hiesigen Oberlandjägers in völlig entstellter Weise weitergegeben und der „Verantwortliche" W. der Leichlinger Dorfzeitung hatte diese entstellten Angaben in seiner Wochenschrift veröffentlicht. Wegen Beamtenbeleidigung wurde Frau Schm. zu 80 Mark und W. zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Bedauerlicher Unfall

Wermelskirchen, 18. Okt. Am Freitag der vergangenen Woche bei Eintritt der Dunkelheit kam der 71jährige Arbeiter R. H. aus Braunsberg auf dem Nachhausewege infolge der durch den Regen entstandenen Glätte so unglücklich zu Fall, daß er einen Unterschenkelbruch davontrug. Erst geraume Zeit nach dem Unfall konnte der bedauernswerte alte Mann aufgefunden werden. Man schaffte ihn in seine Wohnung, von wo aus er mit dem städt. Krankenwagen in das Johannisstift Hückeswagen transportiert wurde.

Immer wieder Falschgeld

Wermelskirchen, 18. Okt. Es ist viel falsches Hartgeld im Umlauf. Also Vorsicht beim Empfangen von Geld. Am Samstag wurde wieder ein falsches Zweimarkstück bei einer hiesigen öffentlichen Kasse angehalten und an die Polizeibehörde abgeliefert. Das Stück trägt die Jahreszahl 1926 und das Münzzeichen J. Die Fälschung ist an der Farbe, am Klang und der schlechten Riffelung zu erkennen.

Wermelskirchener Randsiedlung kommt

Wermelskirchen, 18. Okt. An der Frohntaler Straße hat der Verein der Stadtrandsiedler das angekaufte, 1500 Ruten große Grundstück aufgeteilt. Vorläufig werden 16 Siedlerstellen errichtet, für die das Reich je 2500 Mark Zuschuß gibt. Errichtet werden acht Doppelhäuser mit je vier Zimmern, Nebenräumen und Stall. Die Bauarbeiten werden, soweit die Siedler nicht selbst mitarbeiten, von einer Remscheider Firma ausgeführt. Die Bauzeit wird etwa ein halbes Jahr betragen. Die Stadtverordneten beschlossen gestern über die Bürgschaftsübernahme der gewährten Darlehen. Von der nächsten vom Reich zur Verfügung gestellten Rate hofft man Mittel für weitere 16 Siedlerstellen zu erhalten.

Zwei Zugentgleisungen in Dahlerau

Radevormwald, 18. Okt. Wie die Reichsbahndirektion Wuppertal meldet, entgleiste am Sonntag 16 Uhr in Dahlerau aus bisher unbekannter Ursache ein Eilgüterzug. Gegen 23 Uhr entgleisten im gleichen Bahnhof die Lokomotive und der Packwagen eines Eilzuges. Durch diese Verkehrsstörung erhielten zahlreiche Züge mehrstündige Verspätungen. Einige Züge mußten sogar ausfallen. In einem Falle wurden die Reisenden mit Kraftwagen auf einen in Dahlhausen-Wupper stehenden Ersatzzug übergeführt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Einbruch in ein Lager der Winterhilfe

In der Nacht zum Sonntag haben bisher unbekannte Burschen der Schule Hurisgenberg in Solingen-Höhscheid einen Besuch abgestattet. Durch Einschlagen mehrerer Fensterscheiben gelangten sie in das Gebäude, wo sich das Lager der Solinger Winterhilfe befindet. Die Diebe nahmen einen großen Teil der dort lagernden Bekleidungsstücke, Wäsche, Schuhe und Stoffe mit. Nach den näheren Umständen zu urteilen, muß es sich bei den Einbrechern um ortskundige Personen handeln.

Düsseldorf

Düsseldorf. Der Maler ten Hompel gestorben. In der Nacht starb hier nach langjähriger schwerer Krankheit der Maler Ludwig ten Hompel, dessen Tod in der Düsseldorfer Künstlerschaft eine fühlbare Lücke hinterläßt.

Köln

Köln. Die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahndirektion Köln haben folgendes Ergebnis gehabt: Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer und Gewerkschaft technischer Eisenbahnbeamter 4041, 3 Sitze (ein Mandat verloren). Zentralgewerkschaft deutscher Reichsbahnbeamter 3544 Stimmen, 3 Sitze (— 1). Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 3772, 3 Sitze (wie bisher), nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 2455 Stimmen, 2 Sitze (früher kein Mandat).

Köln. Der Postraub in Köln-Kalk aufgeklärt. Der Kriminalpolizei ist es unter Mithilfe von Postüberwachungsbeamten gelungen, den am 2. April im Postamt Kalkerfeld verübten Diebstahl, bei dem den Dieben eine Geldkiste mit 13 600 RM. in die Hände fiel, restlos aufzuklären. Die ermittelten fünf Täter und Hehler wurden festgenommen und haben eingestanden, das Geld unter sich geteilt und verausgabt zu haben.

Ein Todesopfer der Familientragödie in Köln

Die blutige Auseinandersetzung des Ehepaares Schatto, über die wir berichteten, hat nunmehr ein Todesopfer gefordert. In den Morgenstunden des Montags ist Schatto, der sich nach Abgabe eines Revolverschusses auf seine Frau selbst eine schwere Schußverletzung beibrachte, gestorben. Das Befinden seiner Frau, die am Hals schwer verletzt ist, hat sich etwas gebessert, doch gibt ihr Zustand nach wie vor zu Besorgnissen Anlaß.

Kein Verfahren gegen Oberbürgermeister Adenauer

Der „Angriff" will erfahren haben, daß von kompetenter Seite die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt gegen Oberbürgermeister Adenauer angebahnt worden sei. Die Begründung wird in dem 12-Millionen-Kredit der Preußenkasse gesehen.

Aus Kreisen der preußischen Staatsregierung wird hierzu mitgeteilt, daß an zuständiger Stelle nicht das geringste von der Absicht eines Disziplinarverfahrens bekannt ist.

Ferner folgert der „Angriff", daß die Angelegenheit auch für den preußischen Finanzminister, Staatssekretär Schleusener, Weiterungen haben könne, weil Staatssekretär Schleuse-

...ner seit mehreren Wochen von der Angelegenheit wußte, aber nichts veranlaßt habe.

Dieser Vorwurf wird von unterrichteter preußischer Seite als deplaziert bezeichnet. Es wird festgestellt, daß Staatssekretär Schleusener sich mit der Angelegenheit so befaßt habe, wie seine Aufgabe und Pflichten es ihm vorschrieben; deshalb könne auch gar keine Rede von irgendwelchen Weiterungen sein.

Die Unterschlagungen beim Rhein. Sängerbund: 11 500 RM.

Außerordentliche Mitgliederversammlung — Einladung an den Saar-Sängerbund

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Rheinischen Sängerbundes im großen Saal der „...ssenburg" in Köln stand im Mittelpunkt der ... der Bericht des Siebener-A...

der sich mit den Unterschlagungen des Geschäftsführers C. J. Bertram, die bis jetzt auf 11 500 RM. festgestellt wurden, befaßte. In dem Bericht des Siebener-Ausschusses kommt zum Ausdruck, daß der geschäftsführende Vorstand nicht fahrlässig, aber gegenüber dem Kassenführer Bertram zu sehr vertrauensselig gehandelt habe. Wie mitgeteilt, haben der Vorstand und die Kassenprüfer ihre Aemter freiwillig niedergelegt.

Auf Vorschlag des erweiterten Vorstandes beschloß dann die Mitgliederversammlung, die Wettstreitbedingungen des Rheinischen Sängerbundes zunächst für ein Jahr außer Kraft zu setzen. In diesem Zeitraum sollen der Bundesvorstand und die Gaue die stattfindenden Gesangwettstreite beobachten und das Material sammeln. Der Bundesvorstand soll erneut Verhandlungen mit dem Deutschen Sängerbunde aufnehmen, damit dieser gemeinsame Bestimmungen über Abhaltung von Wettstreiten herausgibt.

Nach einer Huldigung für den 1. Vorsitzenden Mirbach wurde u. a. einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Saar-Sängerbund eingeladen wird, sich als selbständiges Glied dem Kreis 9 des Deutschen Sängerbundes (Rheinischer Sängerbund) anzuschließen.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Direktor Kricher (Köln), 2. Vorsitzender: Sparkassendirektor Krüger (Wuppertal), 3. Vorsitzender: Justizrat Wassermeyer (Bonn). Der Vorstand wurde einstimmig gewählt. Aus persönlichen Gründen hatte Rechtsanwalt von Coellen den Vorsitz als Obmann des Siebener-Ausschusses niedergelegt.

Das Neueste

Die Verhandlungen im Verfassungsstreit vor dem Reichsgericht in Leipzig sind gestern beendet worden. Das Urteil ist am Dienstag kommender Woche zu erwarten.

Die meisten Berliner Zeitungen bringen die Berichte über die erneute Einladung Englands nach Genf in großer Aufmachung. Gleichzeitig erörtern sie die Bedeutung der Rede MacDonalds.

In einer großen öffentlichen Kundgebung der Westfälischen Zentrumspartei im Schützenhofsaal in Münster i. W. sprach der Zweite Vorsitzende der Zentrumspartei, Abgeordneter Joos, über „Programm und Weg des Zentrums". Reichskanzler a. D. Dr. Brüning machte ebenfalls Ausführungen. Abgeordneter Dr. Hackelsberger sprach über Wirtschaftsfragen.

Auf einer Wahlkundgebung der NSDAP in der Maschinenhalle in Düsseldorf machten Prinz August Wilhelm von Preußen und Gauleiter Florian Ausführungen.

Von Tilsit kommend, sprach in Königsberg Adolf Hitler in einer Wahlversammlung. Er betonte, daß die NSDAP, einmal zur Macht gekommen, diese nicht mehr aus den Händen geben werde.

Der von den Passionsspielen her bekannte Schnitzer und Schuldirektor a. D. und Ehrenbürger der Gemeinde Oberammergau Ludwig Lang ist im Alter von 88 Jahren gestorben.

Der österreichische Staatssekretär für das Sicherheitswesen hat die Wiener Polizeidirektion angewiesen, alle Demonstrationen zu untersagen.

Kosola und drei andere Lappoführer, die sich im Hungerstreik befanden, sind aus der Haft entlassen worden. General Walenius, der nicht auf freien Fuß gesetzt wurde, will den Hungerstreik fortsetzen.

Wie in politischen Bukarester Kreisen verlautet, ist es möglich, daß Maniu einen Auftrag zur Kabinettsbildung annimmt.

Die Gerüchte, wonach die tschechoslowakische Regierung zurückgetreten sei, entsprechen nicht den Tatsachen.

Im Zusammenhang mit den geplanten internationalen Waffenlagern des Völkerbundes in Spanien deckt nunmehr der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail" die Hintergründe dieses französischen Vorschlages auf.

„Morning Post" glaubt, daß MacDonald am Mittwoch in der Kabinettssitzung einen neuen Vorschlag zur Behandlung der Abrüstungsfrage unterbreiten werde.

Gandhi soll, englischen Meldungen zufolge, einen Schlaganfall erlitten haben. Amtlich wird diese Meldung jedoch dementiert.

Botschafter von Hoesch wird am Freitag vom Präsidenten der französischen Republik in Abschiedsaudienz empfangen.

Bei einem Autounfall in der Nähe von Paris wurden der deutsche Journalist Karl Merten und eine österreichische Dame getötet.

Das englische Parlamentsmitglied Croßley wies in einer Rede in Manchester auf die Demütigungen hin, die sich aus der Grenzziehung im Osten für Deutschland ergeben.

Die amerikanische Abordnung für den Vorbereitenden Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz reist am heutigen Dienstag nach Europa ab.

Im Staate Rio de Janeiro ist ein Güterzug mit großen Munitionsladungen in die Luft geflogen, wobei 6 Personen getötet und 12 schwer verletzt wurden.

Schwere Schlagwetterexplosion

In der Nacht zum Dienstag gegen 1,30 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Sofia Jakoba" bei Hückelhoven (Rheinland) eine schwere Schlagwetterexplosion. 1 Bergmann wurde dabei getötet, 6 weitere wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. 5 weitere Bergleute trugen Gasvergiftungen davon. Von den Verletzten kamen 6 unmittelbar durch die Explosion zu Schaden, während 5 weitere bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einatmen von Nachschwaden verunglückten. Die Rettungsmannschaften waren sofort zur Stelle und bargen die Verunglückten.

Westdeutsches

Essen. Die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahndirektion Essen zeitigten folgendes Ergebnis: Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 4234 (4535) minus 15,97 Prozent, Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer 3069 (4099) minus 25,16 Prozent, Sozialistischer Einheitsverband 1442 (2211) minus 34,97 Prozent, Zentraler Gewerkschaftsbund 3955 (4769) minus 17,07 Prozent, Nationalsozialisten 1666 (173). Insgesamt wurden 14 369 gültige Stimmen gegen 16 604 im Jahre 1930 abgegeben. Das hier in Erscheinung tretende Minus beträgt 13,05 Prozent.

Essen. Schüsse nach einem Wirtshausstreit. In der Nacht gegen 1 Uhr wurde der Kellner Heinrich Buschmeier, als er in der Stehbierhalle der Wirtschaft Laupendahl in der Mathiasstraße von mehreren Gästen die Bezahlung der Getränke forderte, von einem derselben mit einer Schnapsflasche auf den Kopf geschlagen. Darauf ergriffen sämtliche Beteiligten die Flucht. Auf den Kellner, der die Täter verfolgte, wurden etwa 5 bis 6 Schüsse abgegeben. Durch einen Schuß wurde der Kellner am rechten Unterschenkel derart verletzt, daß er dem Hussenstift zugeführt werden mußte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Oberhausen. Tödlicher Verkehrszusammenstoß. In den Abendstunden ereignete sich hier ein verhängnisvoller Verkehrsunfall. Beim Ueberholen eines Radfahrers stieß ein Motorradfahrer mit diesem zusammen; beide kamen zu Fall. Während der Radfahrer mit leichteren Verletzungen davonkam, war der Motorradfahrer auf der Stelle tot. Er hat einen Schädelbruch davongetragen.

Ein Auto fährt in eine Gruppe Bergarbeiter

Ein Toter, zwei Verletzte

Am Montagmorgen gegen 5 Uhr fuhr auf der Dortmunder Straße in Bochum-Gerthe ein Personenwagen älteren Systems mit einem Allwetterverdeck (wahrscheinlich Viersitzer) zur Arbeit gehende Bergleute an. Ein Bergmann wurde sofort getötet, während zwei weitere Verletzungen davontrugen. Der Führer des Kraftwagens ergriff die Flucht in Richtung Lütgendortmund. Am Wagen blieb wahrscheinlich ein rechter schwarzer Halbschuh hängen, da dieser dem Toten fehlt. Lebensgefahr besteht bei den Verletzten nicht.

Von einem Zudringlichen lebensgefährlich verletzt

Die 26jährige Ehefrau Kirzleis aus Ahlen wurde am Abend auf dem Heimwege von einem Manne angesprochen. Als sie sich das energisch verbat, zog der Unbekannte ein großes Messer und versetzte der Frau einen wuchtigen Stich in die Brust, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Die Schwerverletzte, die in Lebensgefahr schwebt, wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Täter ist unerkannt entkommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Ein Viehhändler von Räubern überfallen

Beraubt und an einen Baum gebunden

Als sich der Viehhändler Brinkkötter aus Tatenhausen bei Bielefeld am Abend mit seinem Rade auf dem Heimwege befand, wurde er unweit von Schloß Holtfeld auf einem einsamen Waldwege von drei Radfahrern angehalten, die ihn zwangen, vom Rade abzusteigen, worauf sie ihn mißhandelten und beraubten. Dann banden die mit einem Revolver ausgerüsteten Burschen den Viehhändler an einen Baum und suchten auf ihren Rädern das Weite. Da auf dem einsamen Wege nur sehr wenig Verkehr ist, gelang es dem Ueberfallenen erst am anderen Vormittag, sich aus seiner Einschnürung zu befreien. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Keine Zusammenlegung der Regierungsbezirke Osnabrück und Münster

Zu gewissen Gerüchten, wonach eine Zusammenlegung des Regierungsbezirks Osnabrück mit Münster in Vorbereitung sei, erfahren wir von maßgebender preußischer Stelle in Berlin, daß derartige Pläne nicht bestehen. Es sind keineswegs, wie behauptet wird, irgendwelche Vorarbeiten für eine solche Zusammenlegung im Gange.

Liebestragödie

Ein Polizeibeamter schießt auf seine Braut und verübt Selbstmord

Ein in Mülheim in Dienst stehender Schupobeamter besuchte mittags seine in Krefeld in einem Hause der Weststraße wohnende Braut. Nach einem Wortwechsel gab er auf seine Braut einen Schuß ab, durch den sie schwer verletzt wurde. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Herzschuß. Der Beamte war früher in Krefeld im Dienst. Gründe zur Tat sind nicht bekannt. Man vermutet beiderseitiges Einverständnis.

Eine Wendung in der Herberner Mordsache

Beisemann widerruft die Mittäterschaft Piekenbrinks — Die Sache kommt vors Schwurgericht

Wie der Pressedezernent bei dem Landgericht in Münster mitteilt, hat der Angeklagte Beisemann bei einer erneuten Vernehmung die gegen den Mitangeklagten Piekenbrink erhobene Beschuldigung der Mittäterschaft widerrufen. Beisemann behauptet jetzt, die Tat allein ausgeführt zu haben. Mehrere Zeugen haben daraufhin bei wiederholter Vernehmung ihre früheren Aussagen geändert. Es muß jetzt als zweifelhaft angesehen werden, ob Piekenbrink als Mittäter in Frage kommt.

Nach einer erneuten Ortsbesichtigung, die die Angaben Beisemanns zum Teil bestätigte, hat das Sondergericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß § 4 der Notverordnung über die Bildung von Sondergerichten die Sache zum ordentlichen Verfahren überwiesen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß noch weitere umfangreiche Ermittlungen erforderlich sind, die am besten in einer gerichtlichen Voruntersuchung angestellt werden. Nach Abschluß dieser Ermittlungen wird sodann die Strafsache dem Schwurgericht zugeleitet werden.

Der Bergbauindustriearbeiterverband an den Reichskanzler

Der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiterverbandes, Husemann, richtete eine längere Eingabe an den Reichskanzler, in der es u. a. heißt, daß durch die Abwehrmaßnahmen der Kohlenempfangsländer gegen die deutschen Kontingentierungen die deutsche Kohlenausfuhr in vermehrtem Maße beeinträchtigt werde, wodurch die furchtbare Arbeitsnot der Bergarbeiter eine unerträgliche Verschärfung erfahren würde. Diese Besorgnis bestünde hauptsächlich hinsichtlich des größten Abnehmerlandes, Holland, dessen Kohlenbezüge immer noch 15 000 bis 20 000 Bergleuten Beschäftigung gäben. Wenn nicht Tausende von Arbeitsstellen in Gefahr kommen sollten, müsse von der so verhängnisvollen Einfuhrhemmungspolitik Abstand genommen und eine Handelspolitik betrieben werden, die eine weitere Gefährdung des katastrophal niedrigen bergbaulichen Beschäftigungsgrades ausschließe. Zum Schluß wird an den Reichskanzler sowie an die Reichsregierung die dringende Bitte gerichtet, durch eine aufgeschlossenere Handelspolitik das erneut drohende Unheil von dem durch die Krise schwer heimgesuchten Bergbaurevier abzuwenden.

Die Einweihung des oberelsässischen Oberrhein-Kraftwerks



Nach mehrjährigem Bau ist jetzt das große Oberrhein-Kraftwerk bei Kembs, südlich von Basel auf der elsässischen Seite gelegen, eröffnet worden. Den Feierlichkeiten wohnten der französische Staatspräsident und der französische Ministerpräsident bei. Unsere Aufnahme zeigt die Teilnehmer der Feierlichkeit beim Betreten eines Dampfers, mit dem sie eine Rundfahrt auf der Kanalstrecke bis Kembs unternahmen. Man sieht im Hintergrund rechts das große Stauwehr, ganz rechts den Durchlaß für den Rheinstrom; links ein Blick in den Kanal auf der elsässischen Seite

Das Wetter von heute und morgen

Veränderliches und etwas kühleres Wetter, nur vereinzelt Schauer, wieder abnehmende Winde.

Keine Antwort des Reichspräsidenten auf den Offenen Brief Löbes

Wie das Contibüro von zuständiger Stelle erfährt, wird Reichspräsident von Hindenburg den Brief des früheren Reichstagspräsidenten Löbe, der gegen die Verfassungsreformpläne der Regierung protestiert, nicht beantworten. Man hält es in politischen Kreisen für möglich, daß der Reichskanzler in einer seiner nächsten Reden auf dieses Schreiben Löbes eingehen werde.

Aufhebung einer verbotenen Vereinigung

Bei einer überraschenden Durchsuchung eines Lokales in Charlottenburg durch die Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß die dort Anwesenden Mitglieder des verbotenen Rot-Front-Kämpferbundes waren. Weitere Haussuchungen lieferten hierfür umfassendes Beweismaterial

Die Stadtverordnetenwahl in Selb

hatte folgendes Ergebnis: Bürgerpartei 2 (1929: 7), SPD. 4 (6), KPD. 6 (5), NSDAP. 8 (2).

Die Grüne Front fordert Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen

Die Grüne Front hat in einem Telegramm an den Reichskanzler die sofortige Einstellung der Kontingentierungsverhandlungen gefordert. Zur Begründung führen die Unterzeichner Brandes, Graf Kalckreuth, Hermes und Fehr u. a. aus, daß eine weitere Verzögerung der Durchführung der Kontingentierung das Vertrauen der Landwirtschaft in die Entschlossenheit der Reichsregierung, gerade der bäuerlichen Landwirtschaft zu helfen, zerstören müßten.

Engländer planen Subvention für Exportkohle

Londoner Blätter melden, britische Zechenbesitzer hätten einen Plan ausgearbeitet, der die Erhöhung des Preises der Inlandkohle durch Einführung einer besonderen Abgabe und die Gewährung einer Subvention für Ausfuhrkohle mit Hilfe der dadurch erzielten Einnahmen vorsieht.

Zu den Unterschlagungen bei der Oberhausener Sparkasse

Kassierer und Rendant geständig und verhaftet

Zu den Unterschlagungen bei der Zweigstelle Osterfeld der Städtischen Sparkasse Oberhausen, über die wir bereits berichteten, wird bekannt, daß der flüchtige Kassierer Stüber in Alt-Oberhausen verhaftet werden konnte. Sein Geständnis ergab die Mitbeteiligung des Sparkassenrendanten E. aus Osterfeld. Beide sind geständig, Sparkassengelder in Höhe von 11 000 Mark dadurch an sich gebracht zu haben, daß sie Falschbuchungen bezw. doppelte Buchungen vorgenommen haben. Mit dem unterschlagenen Gelde wollen sie ihre eigenen Schulden gedeckt haben. Beide wurden dem Amtsgericht zugeführt.

Turnen - Spiel - Sport

KSV Burscheid

KSV — Jungwacht Berghausen 3:8 (1:3)

Das Spiel begann sofort mit energischen Angriffen der Burscheider, die aber vorerst nichts erreichen können. Berghausen kommt auch gut durch, kann aber auch nur zwei Ecken buchen, die der linke Verteidiger, der überhaupt heute einen guten Tag hatte, sicher ins Feld befördern kann. Burscheid kommt durch seinen linken Flügel, in der der kleine Linksaußen überragt, der zweifelsohne der beste Mann auf dem Platze war, gut durch und schon kann derselbe zum Führungstor einsenden. Die Freude dauert aber nicht lange, nach 12 Minuten kann der Mittelstürmer Jungwachts gleichziehen. Es fallen dann bis Halbzeit noch zwei weitere Tore für Jungwacht, die der neue Torwart der Gesellen nicht halten kann. Der Torwart gab im übrigen sein Bestes, er verriet gutes Stellungsspiel, nur mit dem Fangen hapert es noch. Nach Halbzeit drängt Berghausen stark und kann ein viertes Tor erzielen, das der linke Läufer Burscheids durch Strafstoß wieder aufholen kann. Dann kann Jungwacht bis auf 8:2 davonziehen. Eine halbe Minute vor Schluß erzielt der Mittelstürmer der Gesellen das dritte Tor für seine Farben.

Das Spiel verlief, trotz des kurz nach Beginn einsetzenden Regens, sehr interessant. Berghausen stellte eine technisch gut geschulte und schnelle Mannschaft, in der Linksaußen und Mittelläufer überragten. Burscheid spielte nur mit 10 Mann. Was der Gegner in Technik voraus hatte, holten sie durch ihren Eifer. Der neue Mittelläufer reihte sich gut in die Mannschaft ein. Er hatte allerdings viel mit dem schweren Boden zu schaffen, sodaß er zeitweise etwas zu langsam war. Der rechte Verteidiger der Gesellen hatte einen schwachen Tag und so ist es auch zu verstehen, daß die meisten Tore durch die linke Seite der Gäste fielen. Der glatte Boden mag für den rechten Verteidiger als Entschuldigung dienen. Gut bei Burscheid waren noch Mittelstürmer und Linksinnen.

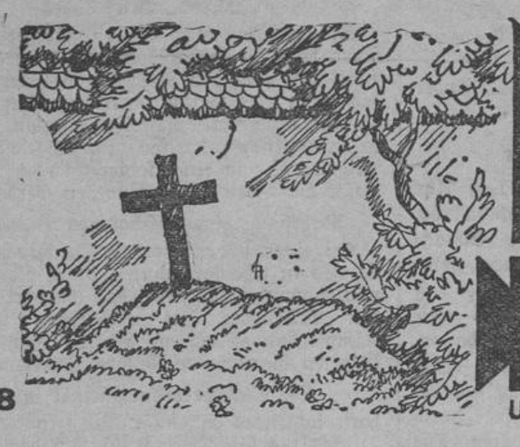
Im übrigen, wenn die Gesellen am kommenden Sonntag mit demselben Eifer zu Werke gehen, kann das Spiel gegen Montania Leichlingen 2. gut gewonnen werden.

Jugendkraft-Heil!

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

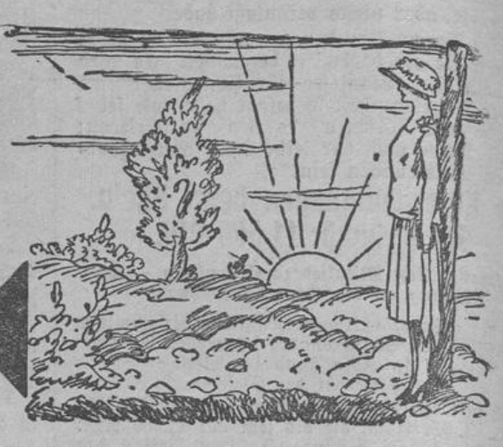
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



MATA HARI

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU-SA



8

Ohne jeden Uebergang beginnt die Musik eine andere Melodie.

Monoton, bedrückend, quälend! Und doch ist etwas in dieser Musik, das mit dem Hirn nicht zu erfassen ist, nicht analysiert werden kann, das nur empfunden und gefühlt werden will.

Und unter dem gelben Schleier, inmitten des Raumes, bewegt sich ein Leib wie unter Laub eine Schlange.

Aus dem goldfarbenen Gewebe hebt sich ein dunkler Körper. Starr blicken zwei phosphoreszierende Augen auf die im Halbrund sitzenden Menschen. Die vollen, glänzenden Arme ziehen sich ganz langsam am Körper empor strecken sich, spreizen sich, bewegen sich in Wellenlinien, erst zaghaft, tastend, dann freier, schneller und immer schneller.

Die Hände und Finger bewegen sich ebenso. Es ist, als ob es jede einzelne Muskel täte.

Der Körper erhebt sich zu seiner ganzen Größe. Ein fieberndes Beben durchzittert ihn. Auch er beginnt sich zu winden im gleichen Rhythmus der Arme und Hände.

Die Lichtpünktchen der schillernden Steine an Hals, Fingern und Zehen glühen und funkeln wie die Augen der Schlangen, die dem gräßlichen Schiwa tanzend huldigen.

Und in dem Moment, den man den äußersten nennt, der überschritten, die Katastrophe bringt — sei es Taumel, Rausch, Schmerz, Wahnsinn oder Tod — reißt die Musik in jäher Dissonanz ab.

Mata Hari ist verschwunden.

Wie die Zuschauer in ihrem Inneren waren, fiebernd und aufgewühlt, so sind sie jetzt in ihrem Aeußeren.

Beispiellose Erregung herrscht und wischt jede Feierlichkeit aus.

Es ist ein wüstes Durcheinander.

Die Prinzessin Murat drängt sich an Clunet, der abwesend an einer Säule lehnt.

Er sieht sie nicht.

Sie stößt ihn an, unzart, unvornehm, aus ihrer Erregung heraus.

„Maitre Clunet! Wo sind Sie?"

Er erschrickt!

„In Indien," sagt er.

„Sie muß bei mir tanzen, Clunet. Wo wohnt sie? Ich will zu ihr."

„Weiß nicht! Weiß niemand!"

„Vermitteln Sie, Clunet. Mir zuliebe. Bitte."

Er verspricht es.

Der Gesandte von Chile löst die Murat ab. Er tut die gleiche Bitte.

„Uebermorgen! Wir sehen uns, Monsieur Clunet! Sie bringen sie mit. Die Ehre erweist Madame meinem Lande. Das Fest ist offiziell. Alle Gesandtschaften werden vertreten sein. Auch Ihr Präsident fehlt nicht."

Clunet nickt.

So geht es weiter.

Am gelbseidenen Vorhang, der den Ausgang sperrt, steht Kara. Bewegungslos und steinern, wie immer. Nur in den Augen ein düsteres Feuer.

Die Journalisten treten zu ihm, sprechen ihn an, fragen nach Mata Hari. Andere treten herzu, hören ihn sprechen:

„Die Sonne Indiens küßte Mata Hari, das heißt: Leuchte des Morgenrots, ins Leben. Juffuapatam heißt die Stadt am Meere Malabar, wo dies geschah. Brahmanen, die geweihten, sind ihr Geschlecht. Ihren Vater Suprachetty nannten die Gläubigen Affirvadam, das ist Gottes Segen."

„Und ihre Mutter," fragt jemand.

„War eine Dewadasi im Tempel Kanda Swany. Sie starb den Tod, der nach Nirwana führt. Sie starb, als Mata Hari zu leben begann."

Viele umstehen ihn. Viele fragen noch anderes.

Er schweigt.

Da gehen sie einzeln weg, zögernd, als binde sie jenes grandiose Erleben immer noch an diesen Raum.

Hinter dem Letzten — endlich — läßt Kara den Vorhang zur Erde rauschen.

Paris hatte sein Ereignis.

* * *

Matas Stern war aufgegangen, so strahlend, wie nur Auserwählten ein Stern erstrahlen kann.

Wie die indischen Bajaderen nur auf Einladung hin zu besonderen Veranstaltungen tanzen, so hatte sie es zunächst auch gehalten.

Jetzt kannte sie die gesamte vornehme Welt der französischen Hauptstadt und diese kannte sie.

Minister, Diplomaten, Generale, Künstler und Gelehrte bewarben sich um ihre Gunst.

Ihre Verehrer legten Vermögen zu ihren Füßen. Sie wollten von ihr empfangen werden und das war in Mata's bescheidenem Zimmerchen nicht möglich.

Der Glänzenden gebührte der glänzende Rahmen.

Auf den Champs Elysees, in der eleganten Wohnung eines eleganten Hotels, residierte Mata Hari, bis sie ihre eigene Villa im vornehmen Stadtteil Neuilly beziehen konnte.

Sie war oben. Ganz oben!

* * *

Und während Mata Hari gewann, war einer, der verspielte.

Das war Mac Leod.

Er hatte in den Pariser Blättern ihren Weg verfolgt, hatte vom Taumel im Musée Guimet gelesen, vom Rausch im Palais der Prinzessin Murat, vom beispiellosen Triumph auf dem offiziellen Empfang in der chilenischen Gesandtschaft. Jetzt las er von ihrem ersten öffentlichen Auftreten in der Olympia und wußte, daß sie ihm nun für immer verloren war.

Er reichte die Scheidung ein.

* * *

Mata Hari gastierte in Lyon, Marseille, Madrid, London, Manchester, Liverpool, Newyork, San Francisco, Berlin, Leipzig, München und endlich auch in Petersburg.

Mit Absicht da so spät.

Ihr Ruhm hatte den aufsehen machen sollen, nach dem sie sich sehnte, den sie seit den ersten Tagen ihrer Ehe nicht vergessen hatte. Im Leid nicht und auch nicht im Glück.

Alerei Marow.

Aber auch sie mußte erfahren, daß selbst auf den Höhen des Lebens doch zu wünschen etwas immer noch übrig bleibt.

Sie fand den nicht, den sie suchte.

9.

1915.

Krieg!

Im Boudoir ihrer Villa in Neuilly, nahe dem Bois de Boulogne, auf der mit weißen Fellen bedeckten Ottomane, die unter Palmen fast verborgen stand, lag Mata Hari im gelbseidenen Sarong und las im Prem Sagar, jenen Liebeskult-Anweisungen aus Indiens wundersamer Welt.

Draußen hörte sie Stimmen.

„Melden? Unfug! Mich brauchen Sie nicht zu melden. Hab' auch nicht eine Sekunde Zeit," sagte jemand, und Mata legte unwillig das Buch auf das niedrige Taburett am Kopfende des Lagers.

Die Tür wurde aufgerissen. Herein stürmte ein Reiteroffizier.

Er war groß, breit, blauäugig und blond. Aber er war wenig gepflegt, denn er kam „von vorn."

Der Offizier war Rittmeister Alerei Marow, der sich kurz vor der Marneschlacht hatte von Rußland nach Frankreich kommandieren lassen. Diese Schlacht hatte er mitgemacht und tat nun schon monatelang Grabendienst.

Einen Moment stand er bewegungslos auf dem Teppich als ob er suche oder sich sammeln müsse.

Das gedämpfte Licht, die schwere schwüle Luft, die flammenden Farben verwirrten ihn. Nur einen Moment! Dann schrie er jubelnd auf.

„Traute! Liebe Traute!"! Und mit einem kaum gehauchten: „Endlich," fiel er an ihrem Lager in die Knie.

Traute war im Innersten erschüttert.

Die schönsten Stunden ihres Lebens, die wenigen, die schön waren, bevor sie Mata Hari hieß, brachte dieser Mann zurück.

Sie war nicht fähig, zu reden, nahm seinen blonden Kopf in die braunen Arme, die man die schönsten nannte, die Gott je einem Weib gegeben und drückte ihn fest an sich.

Als ob sie ihn nie mehr lassen wollte, so hielt sie ihn.

Und Marow ließ sich halten, trank den köstlichen Duft ihrer Haut, ließ sich berauschen durch ihn und fühlte seiner Sehnsucht endliche Erfüllung.

In beiden war wunschloses Glück.

Nach langem Schweigen nahm Traute Marows Gesicht in beide Hände und wendete es sich zu. Zögernd und doch voll verhaltener Freude sagte sie:

„Nun will es noch wahr werden, Alexei Marow, was du mir in Wiesbaden sagtest? — O, wie lange ist das her!"

„Zwanzig Jahre, Trautlieb. Eine Ewigkeit! Und kein Tag war, den ich nicht an dich gedacht."

Da küßte ihn Traute auf den Mund.

„Und weißt du noch, was ich dir sagte, damals, als wir Abschied nahmen," fragte er.

„Ich weiß es noch."

„So sag' es mir," bat er und Traute wiederholte die vor zwanzig Jahren gesprochenen Worte:

„Ich fühl es zwingend, wie man einen Schmerz fühlt, daß wir uns für Tage wohl, vielleicht für Jahre, trennen. Doch nicht immer! Ich fühl es, wie ich Ihre Nähe fühle, daß wir uns wiedersehn. Einmal wiedersehn, um eins zu werden und eins zu bleiben."

„Nun und?"

„Du bist bei mir, also sind wir eins geworden."

„Und ich bin bei dir, um dich nie mehr zu lassen."

Da küßte sie ihn zum anderen Male.

Sie tat es feierlich und andächtig, mit ganz großen, tiefen, ernsten Augen.

So war er noch nie geküßt worden.

Er mußte dabei an einen goldenen Kelch denken voll geweihten Weines, den ein Priester im Allerheiligsten vor einer in Demut ersterbenden Büßerschar zu Munde führte.

Da war Durst in ihm und stilles Bescheiden zugleich.

„Ich weiß nicht, wie mir ist," sagte er. „So war mir noch nie. Als ob ich eben erst geboren sei, mit Bewußtsein zu leben beginne, zwischen Himmel und Erde schwebe, von Frauenhänden getragen würde! Wirklich und unwirklich ist mir, sonderbar und eigen ist mir, als ob es außer diesem hier und außer dir auf dieser Erde nichts mehr gebe, noch je etwas gegeben hätte."

„So ist vielen schon gewesen, die an dieser Stelle saßen," antwortete sie lächelnd. „Es ist die Luft, es sind die Farben, es ist das Parfüm und vielleicht bin auch ich es, Lex. Es ist Indien und die Hindu Mata Hari."

„Mata Hari — ja so heißt du jetzt als Tänzerin. Ich hörte soviel von dir und sah dich nie. Ich wußte nicht, daß du es bist, die Mata Hari heißt. Erst heute, als ich dich suchte — ich suche dich mit Unterbrechungen schon monatelang — erfuhr ich es von einem Maler auf Montmartre. Nur daß du in Paris seiest, wurde mir von irgendwem vor Jahren schon gesagt." — Dann fragte er: „Trautlieb, wie kommst du zu dem Namen Mata Hari? Zu diesem sonderbaren Namen?"

Sie sagte es ihm, und sie sprachen von den Jahren, die zwischen dem Heute und dem Gestern lagen.

Das war in Stunden nicht getan.

Selbst als die Lampen brannten und sie am Kamine hockten gleich glückseligen Kindern, die sich Märchen erzählen, eng aneinander geschmiegt und mit verschlungenen Händen, war des Rückerinnerns noch kein Ende.

„Und wie kamst du nun nach Frankreich," fragte sie.

„Als die Deutschen im ersten Ansturm Belgien überrannten, in Frankreich einbrachen und bald schon vor euern Sperrforts standen, litt es mich nicht mehr in Rußland. Ich habe ja dort nichts zu verteidigen. Du wohntest ja hier und deshalb kam ich her. Schon fünf Monate suche ich dich. Immer wenn ich vorn abkommen konnte, war ich in Paris und irrte durch die Straßen. Mit mehr Angst, als ich je da vorn gehabt habe. Niemand kannte eine Gertrud Mac Leod. Durch Zufall erfuhr ich gestern deinen Namen. Nun will ich dich nie mehr verlieren."

„Es brachte dich mir der Krieg, deshalb soll er gesegnet sein."

„Nur deshalb, Traute! Sonst nicht! Ich fluche ihm."

„Und bist doch Soldat?"

„Wer von uns hat denn gewußt, was Krieg ist? Gewiß, er muß wohl sein, sie sagen es wenigstens und er wird sein, so lange Menschen leben. Und doch ist er unserer unwürdig."

„Du lehnst ihn ab?"

„Ja, das tue ich, weil ich ihn kenne. Alles in mir bäumt sich auf gegen ihn. — Ich empfinde doch! Ich sehe doch! Ich bin nicht stumpf und dumpf, bin keine Maschine. Meine Gedanken leben und wollen sich nicht uniformieren lassen. Im Geiste begehe ich Verbrechen gegen die Kameraden, aber mit meinem Körper stelle ich mich vor jeden, der in Gefahr ist. — Die wenigen Momente des Hochgefühls, des Ueberallem-Stehens, des Sich-Gott-fühlens, die uns Religion und Liebe täglich spenden, die uns der Krieg aber nur in seltenen Augenblicken bietet, wiegen die Schmerzen, den Ekel und das Grauen nicht auf, die ihn begleiten."

Marows Stimme war leiser geworden. Langsamer und langsamer waren die Worte geflossen, bis sie ganz verebbten. In seinen Augen war ein tiefes Sinnen.

„Sprich weiter, Lex," sagte Traute. „Unsere Gedanken begegnen sich in vielem. Du siehst den Krieg anders als alle, mit denen ich von ihm sprach."

„Das glaube ich gern, Traute. Ich bin nicht mit meinem Herzen dabei. Ich tue meine Pflicht, aber meine Seele schweigt."

„Was tatest du bis jetzt?"

„Ich machte die Marneschlacht mit, dann lag ich im Fort de la Pompelle bei Reims und morgen muß ich ein Stück weiter hinunter."

„Wohin?"

„Nach Les Paroches zwischen Verdun und Mihiel. — Wenn ich dich nun heute nicht gefunden hätte! Ich kann mir das gar nicht ausdenken. Warst du denn immer in Paris?"

„Ich bin zurückgekehrt, als unsere Regierung aus Furcht vor den Deutschen aus Paris nach Bordeaux floh. Ich wollte ihr nach mit meinem ganzen Hausstand."

„Und wo warst du vordem?"

„Bei Kriegsausbruch in Berlin. Dann in Holland und England."

„Wie nahmen denn die Deutschen die Ereignisse auf?"

„Wie es vor kurzem der Schwede Hedin schilderte: In Deutschland lebt zur Zeit nur ein Volk. Vom Kaiser bis zum Arbeiter hinab hat jeder einzelne nur einen Wunsch, eine Hoffnung, ein Gebet und einen Willen. Es gibt dort nur noch Deutsche! — Und wie war es bei euch?"

Da wurde Marow verlegen.

„Wie soll ich dir das sagen, Traute? — Am besten so: Im ewigen Gleichklang mal etwas anderes! Wir sind ja von Natur so müde, so melancholisch, so weich. Wir sind Kinder. Wir schleichen durchs Leben. Wir schreiten nicht. Wir können nur weinen und trinken —"

„— und tanzen," sagte Traute.

„Ja, das eben ist es, was ich hervorheben wollte: Tanzen! — Weinen und trinken tun wir immer, tanzen nur bei besonderen Gelegenheiten. Und wenn wir es tun, fallen wir ins Extreme. Unser Tanz ist wild und laut. Wir tanzen bachantisch zu den schwermütigsten Melodien. Wir versetzen uns in Taumel. Wir berauschen uns an uns selbst. — Wir sind Halbasiaten. Stumm und gleichgültig trotteten wir in den Krieg. Nur bei dem Gedanken an Blut zitterte etwas auf in uns, das zwischen Mut und Grausamkeit lag. Die Melodie, die man zu diesem Tanze spielte, sagte uns nicht zu. Wir wußten mit uns selbst nichts anzufangen. Wir wußten nicht, weshalb wir tanzten und für wen wir es taten. Wir konnten uns nicht an uns selbst berauschen. Es klang nichts in uns — Schon das Ziel kann die Musik machen. Wir hatten keines! Und die Musik der Deutschen war uns fremd. Und weil dem so ist, meine geliebte Traute, werden wir den Krieg verlieren. Rußland wird jeden Krieg verlieren, den es gegen ein Kulturvolk kämpfen muß."

„Und Frankreich?" fragte Traute.

„Darf ich das sagen, ohne dir weh zu tun?"

„Du darfst mir alles sagen, Lex. Ich bin keine Französin. Sieh dort, auf dem Flügel stehen sie friedlich vereint, die sich jetzt bekriegen. Sie waren alle meine Freunde: Euer Kyrill, der Kronprinz, der von Braunschweig, der König der Belgier, Englands verstorbener Herrscher, ein französischer Kriegsminister und andere. Als Tänzerin bin ich Kosmopolitin, meine Seele ist bei den Bedrückten, und meine Wünsche sind in Indien. Also sprich!"

„Auch Frankreich würde diesen Krieg verlieren, hätte ihn vielleicht schon verloren, wenn Britannien nicht wär."





Als neuer deutscher Untergeneralsekretär des Völkerbundes

werden genannt der frühere Staatssekretär Trendelenburg (links) und der deutsche Gesandte in Athen, Eisenlohr (rechts)